

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT

work

20 Jahre Frührente: Baubüezer Mario Renna (83) hat sie miterstritten. Seite 3

Jetzt aber Sommer!

Der Frühling war gross: Mindestlohn-Siege • Ja zum Klimaschutz • Frauenstreik

Der Herbst wird spannend: Neuer GAV für die Jobs der Energiewende • Demo für mehr Kaufkraft

Seiten 4-7 und 10-13



FOTOS: KEYSTONE, MONTAGE: WORK / MATTHIAS LUGGEN / ILLU: NINOTCHACH

3 x gesetzwidrig entlassen
Gleich ganze drei Mal entliess ein Wirt eine junge Mutter unrechtmässig. Jetzt wurde er verurteilt. Seite 8

Fieses Ferien-Fieber
Kaum Ferien, schon krank? work weiss, welche Rechte Sie haben. Seiten 14-15

Der legendäre Sommerkrimi

Bald-Rentnerin Gerda verkürzt Lebenszeiten. (Achtung, bitte nicht nachmachen!) Seite 18





workedito
Anne-Sophie Zbinden

HELDINNEN DER ENERGIEWENDE

Die Protestbewegung «Renovate» ist durch ihre Klebeaktionen in aller Munde, und das nicht gerade in gehobener Sprache. So gemüts-erhitzend diese Klebereien auch sein mögen, so unspektakulär ihre einzige Forderung: die Schweiz soll ihre Häuser besser isolieren. Nicht gerade revolutionär, aber ein wichtiger Schritt für den Klimaschutz. Denn die Gebäude sind in der Schweiz für 44 Prozent des Energieverbrauchs und für rund einen Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich.

KLIMAKILLER. Das Klima dankt eine Gebäude-
renovation gleich dreifach: weniger Wärme
entweicht ungenutzt in die Luft, erneuerbare
Heizsysteme heizen die Erderwärmung weni-
ger an, und jedes Haus, das saniert wird, ist

**Ohne Elektro-
monteure & Co.
erreichen wir
die Klimaziele
nie und nimmer.**

besser als ein Beton-
neubau. Denn für
Beton braucht es den
Klimakiller Zement.
Darum sagt auch
Baubüezer Eric Du-
crey: «Vom betonba-

sierten Bauen müssen wir dringend wegkom-
men, wenn wir die Klimakatastrophe noch
aufhalten wollen.» Wieso weniger Beton-
neubauten nicht zu mehr Arbeitslosigkeit
führen, lesen Sie auf Seite 6.

DÜRRE. Eine regelrechte Dürre herrscht zurzeit
in der Solarbranche: Wer jetzt eine Anlage
aufs Dach bauen will, kommt frühestens in
einem halben Jahr zum Zug. Nicht etwa, weil
das Material fehlt, sondern die Montage-Fach-
leute. In der Schweiz werden erst knapp
6 Prozent der Dachflächen für Solaranlagen
genutzt. Wollen wir aber die Energiewende
schaffen, brauchen wir bis 2035 mindestens
dreimal so viel Solarstrom wie heute. Doch für
diesen Ausbau fehlen bis zu 12 000 Solar-
Fachleute. Oder bei der Gebäudesanierung, da
sind's bis zu 20 000, beim Ersatz von Hei-
zungsanlagen rund 13 500. Prognosen gehen
von insgesamt rund 90 000 zusätzlichen
Berufsleuten in den nächsten Jahren aus.

MILLIONEN. Dank dem Ja zum Klimagesetz
stehen jetzt für diesen Aus- und Umbau Hun-
derte Millionen Franken an Subventionen zur
Verfügung. Doch diese Millionen dürfen nicht
nur in den Taschen der Hausbesitzerinnen und
Firmen landen. Sie müssen auch jenen Büeze-
rinnen und Büzern zugute kommen, die heute
und in Zukunft tagtäglich für die Energie-
wende chrampfen: den Solarmonteurinnen, den
Elektromonteuren, den Heizungsinstallateurin-
nen, den Abdichtern, ... Ohne sie erreichen wir
unsere Klimaziele nie und nimmer. Doch rück-
ständige Arbeitsbedingungen führen dazu,
dass viele der Branche den Rücken kehren. Jetzt
sind die Arbeitgeber in der Pflicht, denn sonst
gefährden sie die Energiewende. Was die Hel-
dinnen und Helden der Energiewende für die
Erneuerung ihres Gesamtarbeitsvertrags for-
dern, damit sie ihre Herkulesaufgabe bewälti-
gen können, und welche Rolle dabei der Klima-
fonds spielt, lesen Sie auf Seite 7.

**Liebe Leserinnen und Leser, die vergangenen
Monate waren durchaus erfreulich: Wir haben
die Klima-Abstimmung gewonnen, in Winterthur
und Zürich Mindestlöhne eingeführt und einen
fulminanten Frauenstreik erlebt. Im Herbst gilt
es, die Löhne zu verteidigen und den Menschen
in den Energiewende-Jobs gute Arbeitsbedin-
gungen zu sichern. Doch zuerst macht work
Pause. Online und auf den sozialen Medien
sind wir aber weiterhin präsent. Die nächste
work-Ausgabe finden Sie am 18. August in
Ihrem Briefkasten. Wir wünschen Ihnen frische
Sommertage und erholsame Ferien.**

Weil Baumeister bei besserem Hitze-Schutz abblocken Büezern drohen Hitzschläge und Dehydrierung

**Bei extremer Hitze braucht
es auf dem Bau mehr Pausen
oder gar einen Bau-Stop. Aber
viele Auftraggeber beharren
auf den Fristen – und setzen so
die Gesundheit der Bauarbei-
ter aufs Spiel.**

CHRISTIAN EGG

Die Sonne brennt, der Schweiß rinnt – und schon ist's passiert: Steigen die Temperaturen auf über 30 Grad, steigt das Unfallrisiko auf Baustellen. Laut Zahlen der Suva passieren an Hitzetagen 7 Prozent mehr Unfälle. Wer in der sengenden Sonne und bei Ozon-Spitzenwerten Schwerarbeit leistet wie die Bauleute, hat auch ein höheres Risiko für Dehydrierung, Hitzschlag und Sonnenstich.

Das Hitzrisiko wird durch die Klima-
erwärmung noch verschärft, bis Ende Jahrhun-
dert dürfte die durchschnittliche Sommer-
temperatur um bis zu 7 Grad steigen. Damit
verbunden ist eine Zunahme der Hitzetage
(siehe Seite 7). Bereits heute sind Baufirmen
gesetzlich verpflichtet, ihre Mitarbeitenden
vor Hitzefolgen zu schützen. Dazu gehören
zusätzliche Pausen im Schatten, um abzukü-
hlen. Bei Temperaturen ab 32 Grad legt das
Seco-Merkblatt «Arbeit bei Hitze» fest: Alle
ein bis zwei Stunden fünf bis zehn Minuten
Pause – und die gelten als Arbeitszeit. Der
Landesmantelvertrag (LMV) schreibt sogar
vor, dass Bauarbeiten unterbrochen werden
müssen, wenn die Wetterbedingungen die Ge-
sundheit der Arbeitnehmenden gefährden.

ÖFFENTLICHE HAND BESONDERS STUR

Doch diese Sicherheitsbestimmungen wer-
den oft nicht eingehalten. Laut einer Unia-
Umfrage konnten während der Hitzeperiode
Ende Juli 2022 nicht einmal 20 Prozent der
Bauleute die vorgegebenen Hitzepausen ein-
legen (work berichtete: rebrand.ly/hitzekollaps). Chris Kelley, Co-Leiter Bau bei der Unia,
sieht die Verantwortung dafür oft bei den
Bauherren: «Viele von ihnen beharren darauf,
dass die ursprünglichen Fristen trotz Hitze-
wellen einzuhalten seien. Wie die Baufirmen
das schaffen und gleichzeitig die Sicherheits-



WASSER, MARSCH! Literweise trinken ist bei der Arbeit unter der sengenden Sonne unabdingbar. Doch um die Hitzegefahr wirklich zu bannen, bräuhete es einen Bau-Stop ab 35 Grad. FOTO: KEYSTONE

massnahmen einhalten sollen, das sei nicht
ihr Problem.» Damit geraten die Baufirmen
gewaltig unter Druck, da hohe Konvention-
alstrafen drohen, wenn sie Fristen nicht einhal-
ten. Unia-Mann Kelley: «Das führt oft dazu,
dass das Einhalten der Schutzbestimmungen,
und damit die Sicherheit der Bauleute, dem
Terminruck geopfert werden.»

Auffällig oft, so Kelley, gehe dieser Druck
von öffentlichen Auftraggebern aus. Statt
ihre Vorbildfunktion ernst zu nehmen, wür-
den Bauherren wie das

Oft wird die Sicherheit der Bauleute dem Terminruck geopfert.

Bundesamt für Strassen (Astra) oder die SBB
oftmals Termine durch-
drücken, die von den
Bauequipen als unrealistisch und damit auch
als gefährlich betrach-
tet werden. «Sie schalten auf stur und sagen,
am Termin gebe es nichts zu rütteln.»

Zwar kennt die Baubranche längst Re-
geln für solche Verzögerungen. Der Schweize-
rische Ingenieur- und Architektenverein (SIA)
gibt Baunormen heraus, darunter die «Allge-
meinen Bedingungen für Bauarbeiten». Laut
diesen müssen Fristen bei einer unversschul-

deten Verzögerung «angemessen erstreckt
werden». Für Kelley würde dieser Grundsatz
den Termindruck auf dem Bau entgegen-
wirken. «Aber viele Bauherren weigern sich
in ihren Verträgen, diese SIA-Norm als Grund-
lage anzuerkennen. Das ist inakzeptabel!»

BAU-STOP AB 35 GRAD

So oder so fordert die Unia: Ab 35 Grad muss
eine Baustelle geschlossen werden. Allerdings
zeigte sich der Baumeisterverband bisher
nicht bereit, darauf einzutreten – zumindest
auf Bundesebene (work berichtete: rebrand.ly/bauperordnung).

Vorwärts geht's dagegen in den Kanto-
nen, die am stärksten von der Hitze betroffen
sind: Im Tessiner Strassenbau haben sich die
Sozialpartner schon vor einigen Jahren darauf
geeinigt, dass Bauarbeiten ab einer gewissen
Uhrzeit eingestellt werden, wenn die Behör-
den eine Hitzewarnung ausgeben. Eine ähnl-
iche Einigung konnte soeben auch für den Tes-
siner Hochbau und die Walliser Baubranche
erzielt werden. Unia-Mann Kelley sagt: «Ab so-
fort müssen in beiden Kantonen bei grosser
Hitze die Arbeiten ab Anfang Nachmittag ein-
gestellt werden.»

Künzi streikt für Superkräfte



Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. In den letzten Monaten bereitete sie sich und uns auf den Frauenstreik vor: Ahoi!

FOTO: YVES THOMI

Ich hab's ehrlich gesagt komisch gefunden,
dass sich viele so aufregten über die Studie,
in der man herausfand, dass viele Studen-
tinnen gar nicht Karriere machen wol-
len, sondern lieber Kinder bekommen
und einen Mann, der Geld heimbringt.
Klar, das hört sich altmodisch an, aber viel-
leicht finden diese Studentinnen Kinder-
erziehung einfach die bessere Karriere?
Ich mein, dafür brauchst du doch huere-
viel Kompetenzen, oder? Ausserdem
stand in der Studie, dass auch viele Stu-
dentinnen nicht mehr so scharf auf Karriere
sind, nur wurde darüber nicht so geschrieben.

GEWICHTHEBERINNEN. Auf jeden Fall dachte
ich, jetzt mach ich auch mal eine Umfrage und
zwar zum Thema «Superkräfte im Vergleich». Ich
wollte rausfinden, ob das wirklich so ein grosser
Unterschied ist, was eine Mutter und Hausfrau
können muss im Vergleich zu so einem Boni-
Manager. «Du musst aber auch Hausmänner und
Topmanagerinnen befragen», sagte Schagge, weil
man könne nicht einfach automatisch davon
ausgehen, dass nur Frauen Hausarbeit machen
und nur Männer CEO sind. Ich nickte, Füdliputz-
kompetenzen sind ja geschlechtsunabhängig.
«Nicht ganz», sagte Schagge, «bei Körperpflege
muss man zum Teil megaviel Gewicht heben
können. Da wären Männer geeigneter!» Aha!

TOPMANAGERINNEN. Vielleicht stellen sich
die Studentinnen das mit der Familienarbeit
zu romantisch vor? Denn sogar der gestress-
teste CEO hat mehr Zeit zum Bisle als eine
Mutter mit zwei kleinen Kindern. Drum war
die erste Frage von meiner Umfrage: «Können
Sie sehr schnell gaggle und bisle?» Wenn
das eine Kind schreit und das andere die
Wände bemalt, muss man pressieren. Weite-
re Fragen: «Können Sie sich durchsetzen?» –
«Können Sie Krisen erfolgreich meistern?» –
«Können Sie das Budget trotz Teuerung ein-
halten?» – «Sind Sie ein gutes Vorbild?» –
«Können Sie Ihre Entscheidungen begründen,
so dass es alle verstehen?» – «Können Sie
damit umgehen, dass Sie mehrfach unterbro-
chen werden, auch bei schwierigen Aufgaben,
ohne dass die Erfüllung dieser Aufgabe dar-
unter leidet?» Also diese Frage war von
Schagge, und ich fand sie zu kompliziert,
aber es gab noch andere gute Fragen.

Und die Umfrage hat klar gezeigt: Für Betreu-
ungsarbeit und Topmanagement braucht man
zu 96,3 Prozent die gleichen Fähigkeiten.
Krass, oder? Was wir leider nicht rausgefunden
haben: wieso die 3,7 Prozent Unterschied
derart viel ausmachen im Portemonnaie.
Das müsste man sicher noch mal genauer
untersuchen, oder weiss es grad öpper?



HISTORISCHE AKTION: Mario Renner erstreikte vor 20 Jahren zusammen mit weiteren Baubüezern aus der ganzen Schweiz das Rentenalter 60 auf dem Bau. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

20 Jahre Frührente für Baubüezer: **Mario Renner (83)** war am legendären Baregg-Streik dabei

«Wehrst du dich nicht, wirst du überfahren!»

Das Rentenalter 60 erstritten sich die Bauarbeiter im Jahr 2002 mit Streiks und einer spontanen Blockade. Über 2000 Bauarbeiter sperrten kurzerhand den Bareggtunnel. Damals mittendrin: Baubüezer Mario Renner aus Bern.

IWAN SCHAUWECKER

Bauarbeiter Mario Renner (83) sitzt zwischen Himbeersträuchern in seinem lauschigen Schrebergarten unterhalb der Gewerbeschule im Berner Lorrainequartier. Seit 20 Jahren ist er pensioniert und kommt in den Sommermonaten fast jeden Tag in den Garten. Renner war dabei, als sich die Baubüezer zusammen mit der Gewerkschaft GBI (später Unia) das Rentenalter 60 auf dem Bau erkämpften.

Jetzt, am 1. Juli, liegt die Einführung der frühzeitigen Pensionierung genau 20 Jahre zurück. Doch die Erinnerungen an diesen historischen Kampf sind noch längst nicht verblasst. Im Gegenteil!

POLIZEIESKORTE ZUR BLOCKADE

Mario Renner erinnert sich gut an den entscheidenden Tag am Baregg im November 2002: «Wir trafen uns damals auf der Berner Schützenmatt, und vier Cars standen bereit. Es war eine lustige Stimmung, und wir wurden zuerst noch von der Berner Polizei begleitet.»

Aus der ganzen Schweiz reisten Bauarbeiter für eine Aktion am Baregg



MIT SCHWUNG: Rund 2000 streikende Bauarbeiter strömten am 4. November 2002 in den Bareggtunnel und blockierten ihn. FOTO: KEYSTONE

im Kanton Aargau an. Eigentlich sollte diese nur eine halbe Stunde dauern. Doch vor Ort angekommen, rannten viele der über 2000 Streikenden spontan in den Tunnel, zu den Kollegen auf der anderen Seite. Für Mario Renner war dieses unerwartete Zusammentreffen besonders schön: «Wir haben unsere Kollegen aus anderen Städten getroffen. Das war eine tolle Überraschung!»

Am Ende dauerte die Aktion, an der auch der damalige GBI-Präsident

«Es war eine lustige Stimmung! Zuerst wurden wir noch von der Berner Polizei begleitet.»

MARIO RENNER, PENSIONIERTER BAUARBEITER

Vasco Pedrina massgeblich mitbeteiligt war, deutlich länger als geplant. Der Autoverkehr um den Tunnel staute sich auf über 20 Kilometern. Es war der Höhepunkt einer langen und harten Auseinandersetzung, mit einer der grössten Streikbewegungen in der Schweiz nach dem Generalstreik von 1918.

STREIKERFOLG WIRKT NACH

Eine Woche nach dem legendären Streik am Baregg unterzeichneten der Schweizerische Baumeisterverband und die Gewerkschaften den Vertrag zum «flexiblen Altersrücktritt» im Bauhauptgewerbe (FAR). Jährlich werden



FAHNENMEER: Mit ihrer historischen Baregg-Aktion erkämpften sich die Büezer das Rentenalter 60 auf dem Bau. FOTO: KEYSTONE

inzwischen fast 2000 neue Renten gesprochen. Und über 8400 Frührentner profitieren aktuell von der FAR-Rente, die im Schnitt ungefähr 4500 Franken pro Monat beträgt. Bei der ordentlichen Pensionierung wird die FAR-Rente durch die Leistungen der AHV und der

Suva-Statistik: Bau bleibt gefährlich

Der Bau bleibt die härteste und gefährlichste Branche der Schweiz. Das zeigt die aktuelle Suva-Statistik. Zwar ist die Zahl der Unfälle auch dank den Anstrengungen der Suva, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gesunken. Aber nach wie vor erleidet ein Bauarbeiter im Durchschnitt alle sechs Jahre ein Berufsunfall.

FRÜHRENTE HILFT. Vor der Einführung des Rentenalters 60 lag der Invaliditätsgrad bei der Pensionierung von Baubüezern bei 40 Prozent. Jeder fünfte starb vor der Erreichung des regulären Pensionsalters. Heute liegt die Quote jener, die das Rentenalter erleben, deutlich höher. (isc)

beruflichen Vorsorge abgelöst. Christian Wenger, Geschäftsführer der Stiftung FAR: «Der vorzeitige Altersrücktritt im Bauhauptgewerbe ist wirklich eine Pionierleistung und ein schönes Beispiel dafür, dass eine Zusammenarbeit auch über politische Grenzen hinweg funktionieren kann.» Auch für Unia-Bauchef Nico Lutz hallt die Euphorie von damals nach: «Der Streik war ein eindrückliches Erlebnis für mich persönlich, und das Resultat prägt unsere Gewerkschaftsarbeit bis heute.»

SAISONNIER IM RUHESTAND

Im Juli 2003 gingen als Folge des Streiks die ersten Bauarbeiter in der Schweiz in Frühpension. Auch Mario Renner, der sich mit 63 Jahren pensionieren liess. Seither konnten über 30 000 Bauarbeiter frühzeitig in den Ruhestand treten.

Und die Frauen? Bauchef Lutz weiss die Zahl ziemlich genau: «Von den über 30 000 Frühpensionierten waren bis jetzt 7 oder 8 Frauen.» Auch in anderen Branchen gibt es Bestrebungen für eine Frühpensionierung, zum Beispiel bei den Gipserinnen, den Gerüstbauern oder bei den Schreinerinnen. Und auch eine Befragung der Gewerkschaft VPOD unter Pflegenden zeigt:

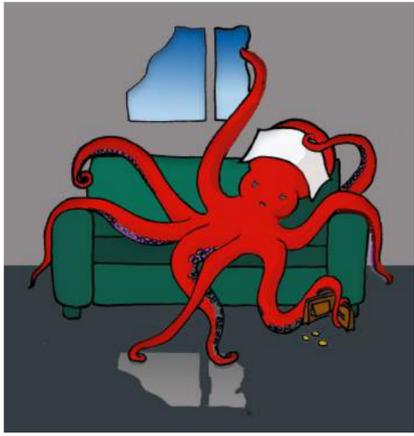


ENTSCHLOSSEN: Jeder fünfte Bauarbeiter erreichte dazumal das Rentenalter nicht, die harte Arbeit machte ihre Körper kaputt. FOTO: KEYSTONE

Zwei Drittel dieser Berufsgruppe, in der mehrheitlich Frauen arbeiten, würden es begrüssen, wenn auch in der Pflege das Rentenalter 60 gelten würde. Allerdings glauben nur 7 Prozent, dass sie ihren Lebensstandard mit ihrer Rente halten könnten. Nico Lutz sagt, dass der hohe Organisationsgrad auf dem Bau – über 70 Prozent der Büezer sind Gewerkschaftsmitglieder – massgeblich zur Stärke des Streiks und zur erfolgreichen Verhandlung mit den Baumeistern beigetragen hat.

Mario Renner ist heute 83 Jahre alt und lebt mit seiner Frau immer noch im Berner Lorrainequartier, 61 Jahre nachdem er als Saisonnier aus Sizilien in die Schweiz gekommen war. Über sein gewerkschaftliches Engagement sagt er: «Wenn du dich nicht wehrst, wirst du überfahren!» Und er empfiehlt jüngeren Menschen, die noch viele Jahre Arbeit vor sich haben: «Die Leute sollten Vertrauen haben, sich gegenseitig unterstützen und ehrlich sein.» Er sei auch 20 Jahre nach der Pensionierung noch Mitglied der Gewerkschaft, denn für ihn geht es hier um viel mehr als seinen persönlichen Vorteil.

Mehr zum Thema: **Broschüre «Rentenalter 60 auf dem Bau: Wie es dazu kam»**, Unia, 2015. Erhältlich als Gratis-Download unter rebrand.ly/FAR-Geschichte oder als gedruckte Broschüre per Mail an bau@unia.ch. Preis: Fr. 10.–, für Unia-Mitglieder gratis.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und der Oktopus

Ich stehe da und bestaune den neuen Arbeitsplan, der ist grossartig: Ich darf dann und wann eine Stunde früher gehen. Yeah! Jetzt ist Badi-Wetter! Sofort mache ich Pläne, wie ich diese Zeit nutzen kann: in den See springen, Freunde treffen, zeichnen oder mal den vollgestopften Keller ausmisten. Super! Das gilt nicht nur für mich, meine Gspönlü dür-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

fen auch in der Spätschicht ein oder zwei Stunden später kommen.

SPAREN, SPAREN. Doch schon folgen die bitteren Fragen: Was ist mit den Minusstunden? Die werden wir irgendwie und irgendwann abrackern. Und meine Aufgaben? Die muss ich jetzt in kürzerer Zeit erledigen. Denn: Liegen lassen kann ich meine Arbeit nicht, die anderen haben auch keine Zeit dafür. Und ich lege Wert darauf, meine Abteilung fertig und sauber abzugeben, jeden Tag. Und überhaupt: Warum kürzen sie uns die Arbeitszeit? Weil wir Personalkosten sparen müssen. Immer das gleiche leidige Thema. Sparen, sparen, sparen. Mir scheint, bei den Mitarbeitenden wird immer zuerst gespart. Der Konzerngewinn ist jedes Jahr grösser – wir aber immer kaputter. Und die Arbeit wird nicht weniger.

Der Konzerngewinn ist jedes Jahr grösser – wir aber immer kaputter.

HÄNDE HOCH. Die gleiche Anzahl Rollis stehen im Lager und warten auf mich. Regelmässig kommt mir der Spruch einer Arbeitskollegin in den Sinn. Sie stand verschwitzt im Laden und rief laut: «Das und dies und jenes muss ich noch machen. Ich bin kein Oktopus! Eins und zwei!» Und hielt ihre Hände hoch. Ja, wir haben nur zwei Hände, und unsere Energie ist nicht endlos. Recht hat sie. Ich fand es in diesem Moment recht amüsant, weil sie so witzig gestikuliert. Aber schnell verging auch mir das Lachen.

NIEMAND GEWINNT. Auch unsere Chefinnen kommen ins Schwitzen, denn die Planung der Schichten bereitet ihnen noch mehr Kopfzerbrechen, und trotzdem muss alles immer schneller gehen. Den ausufernden Druck und den Stress bemerken nicht nur wir, sondern auch die Kundinnen und Kunden, finde ich. Sie blicken in unsere müden und gestressten Gesichter. Der Small Talk mit unseren Stammkundinnen wird knapper. Kurz gesagt: im Laden gewinnt niemand. Und noch frustrierender ist's, wenn dann dem Unternehmen auch noch die Forderungen nach kleinsten Lohnerhöhungen zu viel sind. Deshalb freue ich mich umso mehr, sind am 14. Juni so viele Menschen in der ganzen Schweiz auf die Strasse, um für mehr Respekt, mehr Lohn und auch für mehr Zeit zu kämpfen. Denn was nützt mir die zusätzliche freie Stunde, wenn ich mich nach Feierabend nur noch fix und fertig aufs Sofa fallen lasse und keine Energie mehr habe, weder für Badi, Zeichnen noch Freunde treffen.

Die wichtigsten Abstimmungsergebnisse vom 18. Juni Von Klimaschutz, günstigeren Mieten und einer Elternzeit-Mogelpackung

Das deutliche Ja zum Klimaschutz-Gesetz und das städtische Ja zu Mindestlöhnen in Winterthur und Zürich sind die fortschrittlichen Höhepunkte der Abstimmungen vom 18. Juni. Was sonst noch entschieden wurde.

CLEMENS STUDER

Trotz einer millionenschweren Lügenkampagne der SVP und ihrer Frontorganisationen wie dem Hauseigentümergebieterverband (HEV) nahmen die Stimmenden mit einem satten Ja das Klimaschutz-Gesetz an (siehe auch Seite 7). Die klare Schlappe für die Fossilien-Lobby verschleierten die vereinigten Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen postwendend mit einer virtuellen AKW-Debatte. Die Deutschschweizer SRG-Kanäle machen freudig mit, so wie sie seit Jahren über jedes Stöckli springen, das ihnen die SVP hinhält.

OECD: ÄRGERLICH, ABER ...
Eine klare Mehrheit aller, die abgestimmt haben, sagte auch Ja

Der Kanton Zug will Steuereinnahmen jetzt als «Beitrag zur Umweltverträglichkeit» an Rohstoff-Multis wie Glencore zurückleiten.

zu der Schweizer Umsetzung der OECD-Steuerreform. Damit erhalten jetzt ausgerechnet die

Steuerdumper-Kantone mehr Geld. Und wollen es umgehend unter anderem Titel an die Konzerne zurückleiten. Ob die internationale Gemeinschaft tatenlos zusehen wird, wie etwa der Kanton Zug Steuermehreinnahmen als «Beitrag zur Umweltverträglichkeit» an den weltweit umstrittenen Rohstoff-Konzern Glencore zurückleitet, wird sich noch weisen müssen. Es ist mittelfristig zu bezweifeln.

SVP, FDP, Mitte und GLP den Konzernen, Superreichen und Bestverdienenden machen wollten. Gewerkschaften und SP traten nicht gegen die OECD-Mindeststeuer als solche, sondern gegen die Art an, wie die bürgerliche Mehrheit diese in der Schweiz umsetzen will. Insofern ist das Ja zwar ärgerlich, aber gemildert durch das Amusement, zu sehen, wie sich die Rechten plötzlich über höhere Steuern für Konzerne freuen.

einen Wohnbaufonds für die Stadt Zürich ins Rennen. Erfollos: Zwei Drittel der Stimmenden

Die GLP-Elternzeit-Initiative in Genf tönt zwar gut, ist in Wirklichkeit aber eine Mogelpackung.

sagten Ja. Damit können jetzt mehr Wohnungen der Spekulation entzogen und zu günstigeren Mieten bezogen werden.



EIN JA FÜRS KLIMA: Mehr als 59 Prozent der Stimmenden verhalten dem nationalen Klimaschutz-Gesetz zum Durchbruch. FOTO: KEYSTONE

GÜNSTIGER WOHNEN

Die Immobilienkonzerne kassieren Jahr für Jahr Milliarden zu viel Miete ein. Allein im Jahr 2021 waren es 10 Milliarden – pro Monat und vermietete Wohnung durchschnittlich 370 Franken, pro Jahr 4440 Franken! Wer in einer Genossenschaftswohnung wohnt, zahlt durchschnittlich über ein Viertel weniger Miete für eine vergleichbare Marktwohnung. Warum das nichts mit «subventionierten Staatswohnungen» zu tun hat, hat work hier erklärt: rebrand.ly/genossenschaft. Aber gerade mit diesem Kampfbegriff stiegen das Immobilienkapital und seine Parteien gegen

ELTERNZEIT

In Genf erhalten Eltern neu gemeinsam 24 Wochen Elternzeit. Konkret darf ein Elternteil 16 Wochen beanspruchen, der andere 8. Und der erste Elternteil darf dem zweiten zwei Wochen seiner Elternzeit «schenken». Das tönt so weit okay. Doch der Teufel liegt im Detail. Denn die GLP-Initiative ist eine Mogelpackung. Sie kann dazu führen, dass Frauen gedrängt werden, ihren Mutterschaftsurlaub auf das national geregelte Minimum von 14 Wochen zu beschränken – statt der heute in Genf garantierten 16 Wochen. Was den Arbeitgebern und den rechten Parteien am besten gefällt: Der Kanton kann mit dieser Initiative private Unternehmen nicht dazu verpflichten, den längeren Elternurlaub zu gewähren.

Im Kanton Bern lehnten die Stimmenden dagegen eine von der Unia unterstützte SP-Initiative für 24 Wochen Elternzeit ab. Bekämpft wurde sie von den Arbeitgebern und den rechten Parteien inklusive GLP. Diese war bereits im letzten Herbst dabei, als sich SVP, FDP und Mitte im Kanton Zürich gegen eine Elternzeit stellten.

Deutliche Botschaft an die Rentenabbauerinnen und -abbauer im Parlament: 141 726 Unterschriften gegen den neuen Pensionskassen-Bschiss

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat aus einer BVG-«Revision» eine milliardenteure Abbau-Vorlage gezimmert: Alle sollen noch mehr bezahlen für noch weniger Rente. Einzige Profitörinnen sind Banken und Versicherungen. Das lassen sich die Gewerkschaften nicht bieten und haben das Referendum ergriffen. Und sammelten zusammen mit den fortschrittlichen Parteien und Konsumenten-

«Mit dieser Vorlage wandert das Geld von der Gastro-Angestellten direkt zum Paradeplatz.»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

schützenden fast drei Mal so viele Unterschriften, wie für ein Referendum nötig sind. Bei der Übergabe der 141 726 Unterschriften an die Bundeskanzlei sagte Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Gerade bei den tiefen Löhnen steigen die Kosten am stärksten, teilweise ohne Ren-

tenverbesserung. Mit dieser Vorlage wandert das Geld von der Gastro-Angestellten oder der Pflegerin direkt zum Paradeplatz, wo man sich angesichts der Milliardengewinne in der zweiten Säule die Hände reibt.»

MILLIARDEN FÜR BANKEN. Und SGB-Chef und SP-Nationalrat Pierre-Yves Maillard ergänzte: «Die vielen Unterschriften zeigen, dass die Menschen genug vom Rentenabbau haben. Die geplante Reform ist eine reine Sparübung und führt zu Rentensenkungen auf breiter Front.» Schon seit Jahren bezahlen die Lohnabhängigen immer höhere BVG-Beiträge für immer tiefere Renten. Dazu sagte VPOD-Präsidentin und Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber: «Bei dieser Reform profitiert nur die Finanzindustrie. Schon heute zweigen Banken und Versicherungen mit dem Ersparten der Arbeitnehmenden jedes Jahr 7 Milliarden Franken ab.»

Mit der Einreichung des BVG-Referendums wird es im-



RENTENKLAU VERHINDERN: Unia-Chefin Vania Alleva (Mitte) und SP-Co-Chefin Mattea Meyer bei der Unterschriften-Übergabe in Bern. FOTO: KEY

mer wahrscheinlicher, dass der 3. März 2024 zum sozialpolitischen Super-Abstimmungstag wird. Denn neben dem BVG-Abbau wird das Stimmvolk auch über die gewerkschaftliche Initiative für eine 13. AHV-Rente entscheiden können. Und wohl auch über die Initiative der Jungfreisinnigen, die das Rentenalter auf 67 und mehr erhöhen will. Am 3. März näch-

ten Jahres wird es darum gehen, ob alle, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, auch im Alter ein Leben in Würde führen können. Oder ob ein gutes Leben im Alter noch mehr zum Privileg jener wird, die dank Abzockerlöhnen und steuerfreien Millionenerbischaften frühzeitig in Rente gehen können. CLEMENS STUDER

Das ganze Dossier unter: workzeitung.ch/bvg-revision

Mindestlohn-Sieg!



250 Fr. mehr

Angela Siciliano, 56, Kochhilfe
«Bücher kaufen»

« Am Abstimmungstag habe ich gearbeitet wie jeden Sonntag. Aber natürlich habe ich die Resultate auf dem Handy verfolgt. Ich war in der Kampagne sehr aktiv – jetzt bin ich stolz, dass der Mindestlohn auch in Zürich angenommen wurde. Das war nicht von vornherein klar, denn die Leute in prekären Branchen haben oft keinen Schweizer Pass und dürfen nicht abstimmen. Ich auch nicht.

Der Mindestlohn ist wichtig. Jetzt wissen wir: Selbst wenn du den Job verlierst und woanders neu anfangen musst, du bekommst nicht weniger als 23.90. Mein Lohn als Kochhilfe wird jetzt um 250 Franken pro Monat steigen. Das entspannt mich sehr! Dann werde ich etwas Geld auf der Seite haben für unerwartete Ausgaben. Aber mit dem ersten höheren Lohn werde ich in eine Buchhandlung gehen und mir endlich Bücher kaufen. Ich liebe Bücher, vor allem Sachbücher! »



100 Fr. mehr

Ursula Alata, 48, Reinigerin
«Einen Deutschkurs»

« Ich arbeite Teilzeit. Mit dem Mindestlohn wird mein Verdienst um 100 Franken oder mehr ansteigen, je nach Monat. Damit will ich jetzt einen Deutschkurs machen und vor allem bei der Krankenkasse eine bessere Lösung wählen. Ich habe eine hohe Franchise, weil dort die Prämie am tiefsten ist. Aber wenn etwas passiert, muss ich viel selber bezahlen. Ich denke, mit dem besseren Lohn kann ich auch einmal meine Familie in Peru besuchen. Endlich!

Das Ja zum Mindestlohn ist eine grosse Freude für uns alle, die in der Reinigung arbeiten. Offensichtlich ist es uns gelungen, den Wählerinnen und Wählern bewusstzumachen, dass unsere Arbeit wichtig ist und einen besseren Lohn verdient. Ich hoffe, dass unser Erfolg Leute überall in der Schweiz ermutigt, sich zu engagieren. Wir müssen aufstehen, unsere Stimme erheben und unsere Komfortzone verlassen, damit wir gehört werden! »



300 Fr. mehr

Elena Guarin, 45, Reinigerin
«Mehr Mensch sein»

« Als der Mindestlohn angenommen wurde, bin ich vor Freude umhergesprungen, habe geschrien und geweint. So viele Leute haben sich ins Zeug gelegt für dieses Ziel, und es hat sich gelohnt!

Ich glaube, der bessere Lohn wird den Leuten bewusstmachen, dass auch Jobs wie Putzen eine wichtige Arbeit sind. Eine, die einen würdigen Platz verdient wie jede andere Arbeit auch.

Um unsere Rechnungen zu bezahlen, arbeiten wir in der Reinigung so viel, dass wir manchmal vergessen, Menschen zu sein. Mütter, Partnerinnen, Frauen. Mit dem Mindestlohn werden wir kein Luxusleben führen. Abermal mit der Familie auswärts essen, das wird jetzt möglich. Ich werde etwa 300 Franken mehr verdienen pro Monat. Vielleicht kaufe ich mir mal eine Bluse, einfach weil sie mir gefällt. Ein bisschen mehr an mich denken statt immer nur ans Geld. Darauf freue ich mich. »

Zürich und Winterthur: Historische Niederlage für die Hungerlohn-Koalition

Das Volk will Mindestlöhne

20000 Menschen in Zürich und Winterthur haben bald ein bisschen kleinere Sorgen: Das Volk sagt in den beiden grössten Zürcher Städten Ja zu Löhnen, die zum Leben reichen.

CLEMENS STUDER

Die Ergebnisse sind überaus deutlich: Über 65 Prozent der Stimmenden in Winterthur und rund 70 Prozent in der Stadt Zürich wollen, dass in ihren Städten von einem 100-Prozent-Job gelebt werden kann. Und erteilten damit der Hungerlohn-Koalition aus SVP, FDP, GLP, Gewerbe- und Arbeitgeberverbänden eine empfindliche Lektion.

LOHN ZUM LEBEN

Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Von dieser Selbstverständlichkeit können Hunderttausende in der Schweiz nur träumen. Für 20000 von ihnen wird das Leben künftig materiell ein Stück leichter. In Winterthur soll niemand

mehr pro Stunde weniger als 23 Franken verdienen, in der Stadt Zürich liegt der Stundenlohn künftig bei mindestens 23.90 Franken. Möglich gemacht hat das die deutliche Mehrheit der Stimmenden am 18. Juni. In

JETZT UNTERSCHREIBEN!

Den offenen Brief können Sie hier unterschreiben: volksentscheide-respektieren.ch

beiden Städten hatten Gewerkschaften, fortschrittliche Parteien und Hilfswerke gleichlautende Initiativen für «einen Lohn zum Leben» eingereicht. In der Stadt Zürich kam es im Parlament zu einem Kompromiss, den auch Teile der Mitte mittrugen. In Winterthur blieb die Hungerlohn-Koalition stur, lehnte die Initiative ab und verweigerte einen Kompromiss.

Gegen Löhne zum Leben traten die üblichen Verdächtigen an: SVP, FDP und GLP. Und natürlich Gewerbeverband und Gastrosuisse. Ihnen passen Mindestlöhne grundsätzlich nicht. Aus ideologischen Gründen. Da rühmen sie dann plötzlich die Gesamtarbeitsverträge, die sie sonst des

Teufels finden und die von den Lohnabhängigen immer aufs neue erkämpft und verbessert werden müssen. Und da entdecken sie immer wieder andere geographische Voraussetzungen. Ganz egal, wie sehr sich diese widersprechen: Einen nationalen Mindestlohn lehnen sie ab, weil angeblich die Kantone das besser beurteilen können. Kantonale Mindestlöhne lehnen sie ab, weil nicht in jeder Region die gleichen Rahmenbedingungen gelten. Und städtische Mindestlöhne lehnen sie ab, weil diese in den Nachbargemeinden nicht gelten.

RECHTES ZEITSPIEL

Überall, wo das Volk bisher kantonale Mindestlöhne beschlossen hat, versuchten Arbeitgeber-Ideologen, diese auf juristischem Weg zu verhindern beziehungsweise zu verzögern. Zum Teil zogen sie Volksentscheide bis vor Bundesgericht. Dieses schützte die kantonalen Mindestlöhne – und die Volksrechte. Trotzdem hat der Stadtzürcher Gewerbeverband unter der Leitung der rechtsauslegenden Mitte-Politikerin Nicole Barandun schon vor der Abstimmung mit juristischen Mätzchen begonnen. Die Winterthurer Arbeitgeber-

verbände drohen erst damit. Nationalratskandidatin Barandun und ihre Winterthurer Kollegen haben nur ein Ziel: die Einführung der Mindestlöhne möglichst lange zu verzögern. Denn rechtlich ist die Sache klar: Sozialpolitisch motivierte Mindestlöhne sind legitim, und Sozialpolitik liegt in der Kompetenz der Gemeinden. Darum haben die Initiantinnen und Initianten einen offenen Brief lanciert (siehe Box).

NÄCHSTER ANGRIFF

Die Volksentscheide für Mindestlöhne in Kantonen und Städten ärgern die Koalition für Hungerlöhne enorm. Darum versuchen SVP, FDP, GLP und die Mitte, diese über Bundesrecht auszuhebeln. Im letzten Dezember überwies die rechtsbürgerliche Mehrheit im Nationalrat eine entsprechende Motion des Obwaldner Mitte-Ständerats Erich Ettl. Der ist Steuerberater, Krankenkassen- und Finanzindustrie-Lobbyist. Er rangiert mit 16 bezahlten Lobbyistern auf Platz 2 der aktuellsten Lobbywatch-Rangliste. Seine Motion trägt den heuchlerischen Titel «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen». Das Ziel: kantonale Mindestlöhne mit Billig-GAV aushebeln.

MINDESTLÖHNE DIE WELLE ROLLT

Die historischen Erfolge in Winterthur und Zürich stärken die Bewegungen für Mindestlöhne auch in anderen Städten: In **Luzern** ist eine Mindestlohninitiative bereits eingereicht. Regierung und Parlament haben sie noch nicht behandelt. In **Schaffhausen** wird noch dieses Jahr eine Mindestlohninitiative lanciert. Auch in **Bern** laufen entsprechende Gespräche von Gewerkschaften, fortschrittlichen Parteien und Hilfswerken.

AUCH IM OSTEN. Auf kantonaler Ebene ist ebenfalls einiges in Bewegung. So läuft seit gut einem Monat im Kanton **Solothurn** die Unterschriftensammlung für einen Mindestlohn von 23 Franken (unterschreiben können Solothurnerinnen und Solothurner hier: rebrand.ly/mindestlohn-so). In den Kantonen **St. Gallen**, **Thurgau** und **Appenzel Ausserrhodan** haben Gewerkschaften, SP und Grüne vier Tage nach den Ja aus dem Kanton Zürich eine Mindestlohnpetition mit mehr als 1700 Unterschriften eingereicht. (cs)

Kaufkraft-Demo: «Löhne rauf!»

BERN. An der vergangenen Unia-Delegiertenversammlung stand das Thema Kaufkraftverlust gross auf der Traktandenliste. Die 83 Delegierten stimmten einstimmig dafür, den Kampf für die Sicherung der Kaufkraft und mehr Lohn auch auf die Strasse zu tragen. Normalverdienende zahlen immer mehr für explodierende Krankenkassenprämien, Strom und Miete. Und die Lage spitzt sich zu, weil die Löhne real stagnieren oder sogar sinken. Für die Unia-Delegierten ist klar: Sie mobilisieren für die nationale Kaufkraft-Demo des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds am 16. September in Bern.

Gastro-Resolution gegen Belästigung

BERN. Die jüngste Unia-Umfrage unter Gastro-Mitarbeitenden hat gezeigt: Fast ein Drittel hat am Arbeitsplatz schon sexuelle Belästigung wie sexistische Sprüche oder unerwünschter Körper-



WENIG SCHUTZ: Im Gastgewerbe gehört Belästigung oft zum Alltag.

kontakt erlebt. Jetzt haben die Berufsleute an der Gastro-Branchenkonferenz der Unia eine Resolution mit allen dringenden Forderungen erarbeitet. Darin verlangen die Gastro-Mitarbeitenden Nulltoleranz bei Mobbing und Belästigung, Anlaufstellen für Betroffene und die Sensibilisierung der Gäste.

Kalifornien vor Mega-Hotelstreik

LOS ANGELES (USA). Die südkalifornische Gewerkschaft «Unite Here Local 11» droht mit Streik. Bis Ende Juni wird ein neuer Gesamtarbeitsvertrag mit 62 Hotels verhandelt. Scheitert dieser, gehen 15 000 Hotel- und Gastro-Mitarbeitende in den Ausstand. Zurzeit verdienen diese nämlich 20 bis 28 Dollar die Stunde und fordern eine generelle Lohnerhöhung von 5 Dollar, besonders im Hinblick auf die Fussball-WM 2026 und die Olympischen Sommerspiele 2028, die in Los Angeles stattfinden werden. Die Hotelbranche macht währenddessen fette Gewinne.

Flawa schasst 67 Mitarbeitende

FLAWIL SG. Der vor 123 Jahren gegründeten Flawa Consumer GmbH aus Flawil SG droht das Aus und 67 Mitarbeitenden die Entlassung. 2017 wurde die Traditionsfirma, die auf Wattleprodukte spezialisiert ist, von der U. S. Cotton Gruppe übernommen. Während der Pandemie erlebte Flawa einen Boom mit der Produktion von Schutzmasken. Nun hat die US-Muttergesellschaft aber entschieden, ihre Produkte nicht mehr aus der Ostschweiz zu beziehen. Das führt zu einem massiven Auftragseinbruch bei Flawa.

Fachleute fordern mehr Renovationen – weniger Neubauten

Neubauten aus Beton sind wahre Klimakiller

Betonbauten sind alles andere als klimafreundlich. Doch was tun, wenn der Wohnraum knapp und teuer wird? Baufachleute geben Antworten – und ein Start-up etwas Hoffnung.

NATALIA WIDLA

Beton ist eine Erfindung der Antike. Schon die alten Römer bauten damit. Das Mittelalter setzte dagegen wieder auf Steinbauten. Erst um 1850 erfuhr der Beton eine Renaissance. Und seither geht es steil aufwärts. Doch welche Figur macht der beliebte Baustoff in Zeiten von Klimaerwärmung und Wohnungsnot? «Wir sind auf keinem guten Weg», sagt dazu Eric Ducrey. Der Freiburger kennt sich mit beidem aus: mit dem Bauen und mit der Umwelt. Ducrey ist nämlich Bau-

Beton zu produzieren ist extrem CO₂-intensiv.

arbeiter, aktives Unia-Mitglied und Klimabewegter bei Renovate Switzerland. Er sagt: «Vom betonbasierten Bauen müssen wir dringend wegkommen, wenn wir die Klimakatastrophe noch aufhalten wollen.»

Gleich sieht das die Zürcher Umweltwissenschaftlerin Alex Tiefenbacher. Sie erklärt: «Für die Herstellung von Beton braucht es Zementklinker. Und Zementklinker muss bei hohen Temperaturen gebrannt werden. Das ist ein extrem CO₂-intensiver Prozess, der nicht elektrifiziert werden kann.» Das hat Folgen: Laut dem Schweizer Emissionshandelsregister verursachten die sechs Schweizer Zementwerke 2022 2,4 Millionen Tonnen Klimagase. Das sind über 5 Prozent der gesamten Schweizer Emissionen.

POLITIK SCHLÄFT

Das Problem mit dem Beton ist bekannt, politisch behandelt werde es bis heute aber kaum, sagt auch der Architekt Andreas Haug. Er ist Mitglied von Vision 2030, einem Verein von Architektinnen und Architekten, die das Bauen bis 2030 klimaneutral machen wollen. Zwar sei die Betriebsenergie, also etwa das Heizen, immer noch für mehr Emissionen verantwortlich. Doch für Architekt Haug bestehe hier wenigstens



SACKZEMENT! Für einen Kubikmeter Beton werden neben Gestein und Wasser etwa 300 Kilo Zement benötigt. Seine Herstellung ist sehr energieintensiv und verursacht weltweit gegen 3 Gigatonnen CO₂-Emissionen. FOTO: KEYSTONE

ein gewisses Problembewusstsein in Politik und Industrie. Anders beim Beton: «Bisher kennt die Schweiz kein einziges Gesetz, das sich auf diese Bauemissionen bezieht. Das hat man verschlafen. Zugleich wird gebaut wie verrückt.»

Es scheint eine Zwickmühle: Einerseits kann sich die Schweiz konventionelle Neubauten klimatechnisch schon lange nicht mehr leisten. Andererseits scheint die zunehmende Wohnungsnot den Neubau-Boom zu rechtfertigen. Oder doch nicht?

MEHR WOHNRAUM NÖTIG

Antonia Fritschi ist Mitbetreiberin von Mieten Marta, einem Rechercheblog zum «Mietenwahnsinn» in der Stadt Zürich. Sie sagt: «Es ist klar, dass es mehr Wohnraum braucht. Aber die Frage sollte sein, wie man mit dem bestehenden Wohnraum besser umgeht, statt neu zu bauen.» Dem pflichtet auch Architekt Haug bei: «Die Schweiz ist gebaut. Dafür haben wir aber einen riesigen Renovationsbedarf, dem wir in Zeiten von Fachkräftemangel und Materialengpässen kaum nachkommen.» Vor diesem Hintergrund lässt Haug auch das Argument, eine Reduktion der Neubauten würde zu Arbeitslosigkeit führen, nicht gelten: «Um diese

Renovationen zu bewältigen, braucht es auch mehr Fachkräfte, die heute fehlen.»

Doch bedeuten Renovationen nicht automatisch höhere Mieten und somit auch Verdrängung? «Nein», sagt Fritschi von Mieten Marta. Denn: «Wenn man vernünftig saniert und vor allem ökologische Massnahmen im Fokus hat, nicht aber Grundrisse verändert oder eine luxuriöse Erneuerung anstrebt, dann steigen die Mietzinse in einem Rahmen, der für mehr Menschen leistbar ist.» Die Politik müsse klare Leitplanken gegen die Profitmaximierung setzen und die Rechte der Mietenden stärken.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Wohnraum muss sinken.

steigen die Mietzinse in einem Rahmen, der für mehr Menschen leistbar ist.» Die Politik müsse klare Leitplanken gegen die Profitmaximierung setzen und die Rechte der Mietenden stärken.

HOLZ ALS ALTERNATIVE?

Für Um- statt Neubauten spricht sich auch Baubüezer Ducrey aus: «Der erste Ansatz sollte immer Renovation sein und erst, wenn diese nicht möglich ist, Neubau.» Wobei bei Neubauten auf Betonalternativen wie beispielsweise Holz gesetzt werden sollte.

Doch auch dieser Ansatz ist nicht perfekt: «Beton lässt sich nicht überall ersetzen. Und der Nachschub

an Bauholz aus unseren Wäldern ist begrenzt», sagt Klimaexpertin Tiefenbacher. Und Architekt Haug ergänzt: «Beim Holz kommt es auf die Herkunft und den Verarbeitungsprozess an. Das, was wir heute als Holzbau bezeichnen, besteht in der Regel noch aus vielen anderen, oftmals wenig nachhaltigen Materialien.» Um Alternativen zu fördern und die Forschung in diesem Bereich voranzutreiben, müsse deshalb in erster Linie Beton an Attraktivität verlieren. Dazu Alex Tiefenbacher: «Um das zu erreichen, müsste das CO₂, das bei der Herstellung entsteht, endlich einen höheren Preis bekommen.»

EINE VERTEILUNGSFRAGE

Für Architekt Haug ist die Wohnungskrise aber in erster Linie eine Verteilungskrise. Er sagt: «Wenn die ganze Schweiz ungefähr dieselbe Wohnfläche brauchen würde wie die Einwohnerinnen von Basel-Stadt, hätten wir plötzlich Wohnfläche für eine Million Menschen zusätzlich – ganz ohne Neubauten.» Tatsächlich ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Wohnraum in den letzten Jahren stark gestiegen. Hinzu kommen Zweitwohnungen, Airbnb und Ferienwohnungen, die über lange Zeitperioden leer stehen.

Innovativ: CO₂ aus der Luft in Beton binden

Das ETH-Spin-off Neustark geht neue Wege in der Baubranche. Das Berner Unternehmen hat eine Methode entwickelt, mit der Koh-

Der Prozess dauert nur wenige Stunden statt Tausende von Jahren.

lenstoffdioxid (CO₂) in Abbruchbeton gebunden werden kann.

RECYCLING-BETON. Sprecherin Sophie Dres erklärt den Nutzen des Verfahrens: «Um unsere Netto-null-Ziele zu erreichen, reicht es nicht, nur unsere Emissionen zu reduzieren. Wir müssen auch Negativemissionen schaffen, also bereits vorhandenes CO₂ aus

der Luft holen.» In der Praxis funktioniert das so: In Biogasanlagen wird durch die Verbrennung biologischer Abfälle CO₂ freigesetzt. Dieses CO₂ fangen die Anlagen von Neustark vor Ort ab. Da die verbrannten Pflanzen ebenfalls dieses CO₂ vorher gebunden haben,

handelt es sich um einen Netto-null-Prozess. Das abgefangene CO₂ wird dann zu den Neustark-Speicheranlagen transportiert – zwar auf der Strasse, aber in einem Tanklastwagen mit Biogas-antrieb. Die Speicheranlagen stehen bei Baustoffrecyclern, die Abbruchbeton für den Bau

von Strassen verarbeiten oder Recycling-Beton herstellen. Mittels chemischer Reaktionen wird das CO₂ in Betongranulat gebunden. Damit beschleunigt das Verfahren von Neustark einen natürlichen Prozess von einigen Tausend Jahren auf nur wenige Stunden.

GLEICHWERTIG. Der mit CO₂ angereicherte und wieder aufbereitete Beton verfügt über dieselben baulichen Eigenschaften wie neuer Beton. Rund 300 Tonnen CO₂ sind seit der Unternehmensgründung 2019 auf diesem Weg schon aus der Luft geholt worden.

In der Schweiz verfügt Neustark bereits über neun Anlagen. In Berlin entsteht gerade die erste Auslandsanlage. (nw)



KLIMASCHUTZ IST ARBEIT: Der Klimafonds hilft, Aus- und Weiterbildung sowie Umschulungen für den ökologischen Umbau zu finanzieren. FOTO: KEYSTONE



Die Klimafonds-Initiative wird von den Gewerkschaften unterstützt

Klima retten, Kaufkraft schützen

Nach dem Klimaschutzgesetz ist vor dem Klimafonds. Was die Initiative will – und warum sie gerade für Lohnabhängige wichtig ist.

CLEMENS STUDER

Die Klimakrise ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Sie ist ohne soziale Abfederung nicht zu schaffen – auf globaler und nationaler Ebene. Der Schutz des Klimas ist auch eine enorme Chance, global und national mehr Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen. In der Schweiz gibt es mit dem Ja zum Klimaschutzgesetz ein vom Volk abgesegnetes Bekenntnis zu den Pariser Klimazielen und eine klare Zustimmung zur zentralen Rolle der öffentlichen Hand. Denn «der Markt» hat auch bei der Klimakrise bewiesen, dass er keine Krisen lösen kann.

Das Ja zum Klimaschutzgesetz ist deshalb auch eine industriepolitische Wende. Der Staat wird zum zentralen Treiber der Energiewende. Das ist ein wichtiger Durchbruch. Und trotzdem nur ein erster Schritt. Denn soll die Energiewende gelingen, muss sie eine sozial-ökologische sein. Eine breite, fortschrittliche Koalition hat darum die Klimafonds-Initiative lanciert. Zu den Erstunterzeichnenden gehört auch Unia-Präsidentin Vania Alleva (siehe Box).

WARUM DIESE INITIATIVE?

Der menschengemachte Klimawandel bedroht den ganzen Planeten. Die Erderwärmung hat ein immenses Ausmass angenommen. Europa erwärmt sich im Rahmen des Klimawandels schneller als jeder andere Kontinent. In der Schweiz haben die Temperaturen seit Messbeginn bereits mehr als 2 Grad zugenommen, während sie weltweit im gleichen Zeitraum «nur» um 1,2 Grad stiegen. Der Weltklimarat (IPCC) formulierte es diesen Frühling so: «Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft

für alle gesichert werden kann, schliesst sich rapide.»

Der ökologische Umbau ist überlebenswichtig. Und er darf nicht zulasten jener gehen, die am wenigsten dafür können. Hier setzt die Klimafonds-Initiative an: sie will die dringend nötige Energiewende beschleunigen und sozial gestalten.

WAS WILL DIE INITIATIVE?

Die Schweiz soll jährlich zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die ökologische Erneuerung des Landes investieren. Mit diesen rund 3,5 bis 7 Milliarden Franken können zum Beispiel flächendeckend Solarpanels gebaut, Gebäudesanierungen in der ganzen Schweiz vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut und der Erhalt der Biodiversität garantiert werden.

WAS HEISST DAS FÜR LOHNABHÄNGIGE?

Die Aufwertung der Infrastruktur bringt dem regionalen Gewerbe das grösste Auftragsvolumen der letzten Jahrzehnte. Das schafft zukunftsgerichtete Arbeitsplätze und stärkt die heimische Wirtschaft. Die Energiewende verändert auch viele bisherige Berufsbilder. Darum ist ganz zentral: mit Geldern aus dem Klimafonds können Menschen wei-

tergebildet werden, die heute in Berufen arbeiten, die es nach dem ökologischen Umbau in der aktuellen Form nicht mehr brauchen wird. Die Gewerkschaften kämpfen bereits heute dafür, dass die neuen und die zusätzlichen Jobs auch gute Jobs sind, mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen (siehe Artikel rechts).

WER SOLL DAS BEZAHLEN?

Die Finanzierung der Energiewende ist eine riesige Aufgabe. Klar ist aber auch, dass nichts teurer wäre, als nichts zu tun. Zentral ist, dass die Kosten sozialverträglich getragen werden. Darum setzt die Initiative auf eine Finanzierung durch einen Investitionsfonds. Damit sollen bundeseigene Vorhaben, aber auch Beiträge an Kantone, Gemeinden und Dritte finanziert werden. Nebst direkten Beiträgen sind auch günstige Kredite, Garantien oder Bürgschaften möglich, wobei Rückzahlungen und allfällige Zinsen wieder in den Fonds fließen.

Die Mittel für den Fonds sollen aus der allgemeinen Bundeskasse kommen. Damit werden Haushalte mit tieferen Einkommen und wenig Ausweichmöglichkeiten beim Wohnen, bei der Mobilität und beim Konsum entlastet.

Unia schlägt Alarm Sture Chefs gefährden Energiewende

Erst 34,5 Prozent aller Heizsysteme werden erneuerbar betrieben. Und das Solarpotential der Schweizer Dächer wird nicht einmal zu 6 Prozent genutzt. Der Umstieg auf klimafreundlichere Heizformen ist dringend. Mit dem Ja zum Klimaschutzgesetz steht jetzt ein Topf an Fördermitteln zur Verfügung, der



«Die Mitarbeitenden brauchen gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Auch das ist Klimagerechtigkeit.»

PEPPINA BEERLI, UNIA-EXPERTIN FÜR KLIMA UND ENERGIE

dazu beitragen wird, dass noch mehr Menschen handeln werden. Falls sie denn handeln können. Denn der Umbau des Gebäudeparks braucht noch mehr Handwerkerinnen und Handwerker mit entsprechender Ausbildung. Prognosen gehen von rund 90 000 zusätzlichen Berufsleuten in den nächsten Jahren aus, die nötig sind, um die Energiewende zu schaffen. Ganz besonders in der Elektro- und Gebäudetechnik. Und dort fehlen die Fachkräfte schon heute. Auch weil ihre Arbeitsbedingungen immer prekärer werden.

ALARMIERENDE UMFRAGE

Das zeigt auch eine Unia-Umfrage. Aldo Ferrari, Co-Leiter Sektor Gewerbe, fasst zusammen: «Die Gründe für die Abwanderung von qualifiziertem Personal sind offensichtlich. 53 Prozent der befragten Arbeitnehmenden geben an, dass der Lohn zu tief sei, mehr als 46 Prozent führen als Gründe Überlastung durch Stress und Termindruck an. 32 Prozent klagen über körperlichen Verschleiss aufgrund der strengen Arbeit.»

Geregelt sind die Arbeitsbedingungen im Baugewerbe unter anderem in den Gesamtarbeitsverträgen für die Gebäudetechnik- und für die Elektrotechnikbranche. Diese werden derzeit neu verhandelt. Noch schalten die Chefs der Branchenverbände auf stur und wollen die Bedingungen sogar



«Die Arbeitgeberverbände versuchen, den Fachkräftemangel mit teuren Imagekampagnen zu bekämpfen. Das reicht nicht. Die Branchen müssen ihre Arbeitsbedingungen verbessern!»

BRUNA CAMPANELLO, CO-LEITERIN SEKTOR GEWERBE UND MITGLIED DER UNIA-GESCHÄFTSLEITUNG

verschlechtern. Bruna Campanello, Unia-Geschäftsleitungsmitglied und Co-Leiterin Sektor Gewerbe, sagt: «Der Arbeitskräftemangel ist auf die harten und wenig attraktiven Arbeitsbedingungen zurückzuführen, die vom Einstieg in die Berufe abhalten und aktive Berufsleute veranlassen, der Branche den Rücken zu kehren.» Kurzum: Die rückständigen Arbeitsbedingungen gefährden das Erreichen der Klimaziele, die das Volk am 18. Juni bestätigt hat.

DAS MUSS GESCHEHEN

Die in der Unia organisierten Búezerinnen und Búezer der Gebäude- und Elektrotechnik haben Resolutionen mit ihren Forderungen verabschiedet und sammeln Unterschriften für Petitionen an die Arbeitgeber. Darin steht, was nötig ist, damit die Jobs in der Branche wieder attraktiver werden. Und damit die enorme Arbeit bewältigbar wird, die mit der Energiewende auf sie zukommt. Die wichtigsten Forderungen der Arbeitenden sind:

- Deutlich höhere Löhne und kürzere Arbeitstage.
- Ein frühzeitiger Altersrücktritt wie in anderen Berufen des Baugewerbes.
- Geschäftsfahrten sollen als Arbeitszeit gelten.
- Massnahmen für mehr Sicherheit und Gesundheitsschutz auf den Baustellen.
- Baustellen mit sauberen WC usw.
- Eine Arbeitsplanung, welche die Gesundheit und Sicherheit der Lohnabhängigen schützt.

Im Herbst werden die Búezerinnen und Búezer ihre Forderungen auch auf die Strasse tragen. (cs)

Die Petitionen können unterschrieben werden unter: rebrand.ly/e-petition (Elektrotechnik) und rebrand.ly/g-petition (Gebäudetechnik).



Am besten gleich unterschreiben!

Dieser work-Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen für die Klimafonds-Initiative bei. Am besten gleich unterschreiben und in den nächsten Briefkasten werfen. Wer sich zusätzlich engagieren will, kann Unterschriftenbögen hier herunterladen: rebrand.ly/klimafonds-bogen

Die Unia unterstützt ausserdem den Aufruf zur nationalen Klima-Demo am 30. September in Bern. Jetzt schon vormerken! rebrand.ly/klima-demo

Mehr Informationen zur Klimapolitik aus gewerkschaftlicher Perspektive gibt es hier rebrand.ly/unia-klima

Waadtländer Urteil wegen diskriminierender Entlassung Sieg, Sieg, Sieg für Service-Frau und Mutter

KÜNDIGUNGEN MUTTER- SCHAFT ALS RISIKO

Seit mehr als vierzig Jahren verbietet die Verfassung jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Trotzdem ergab eine Studie im Jahr 2018, dass elf Prozent der frischgebackenen Mütter entlassen wurden oder der Arbeitgeber vorschlug, das Arbeitsverhältnis «im gegenseitigen Einvernehmen» zu beenden.

HÜRDEN. Öfter kommt es zum Vergleich als zur Klage. Erst 126 Urteile in Fällen von diskriminierender Kündigung sind auf der Plattform **gleichstellungsgesetz.ch** zum Thema Mutterschaft publiziert. Die Hürden, um die Gleichstellung vor Gericht erfolgreich durchzusetzen, sind nach wie vor hoch. Auch, weil die Gerichte das Gleichstellungsgesetz zu wenig gut kennen (work berichtete: rebrand.ly/lohnklagen).



RESPEKTLOS: Im Fall von Aleksandra Jović schickte der Chef gleich dreimal eine Kündigung. Dreimal unrechtmässig. FOTO: OLIVIER VOGEL/SANG

Dreimal wurde die Gastromitarbeiterin Aleksandra Jović nach der Geburt ihres Babys unrechtmässig entlassen. Dreimal hat sie sich erfolgreich gewehrt.

SONYA MERMOUND*

Service-Mitarbeiterin Aleksandra Jović (31) ist zufrieden: «Dieses Urteil hat meinen Tag verschönert!» Nach fast zwei Jahren hat das Arbeitsgericht des Bezirks Broye und des Waadtländer Nordens ihren Chef verurteilt wegen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Der Patron des Fastfood-Restaurants, in dem sie über zwei Jahre gearbeitet hat, muss ihr jetzt nachträglich ein Monatsgehalt auszahlen, plus mehrere Tausend Franken, die sich aus fehlerhaften Berechnungen ihres Gehalts ergeben hatten. «Das ist ein erster Schritt nach vorne», sagt die alleinerziehende Mutter. «Ich habe es auch für meinen Sohn getan und um alle Frauen zu ermutigen, respektiert zu werden und wenn nötig zu kämpfen.» Jović bleibt aber vorsichtig. Sie ist sich nicht sicher, ob ihr ehemaliger Chef Berufung gegen dieses Urteil einlegen wird. Die Unia ihrerseits wartet auf die Begründung des Urteils, da die Höhe der Zahlungen tiefer ist als gefordert. Trotzdem ist das Urteil ein Etappensieg. Denn Urteile wegen unrechtmässiger Kündigungen sind selten (siehe Spalte links).

30-KILO-SÄCKE

Die Probleme begannen Anfang 2021, als Aleksandra Jović ihrem

Chef eröffnet, sie sei schwanger (work berichtete: rebrand.ly/schwanger-entlassen). Auf Anraten ihres Gynäkologen bittet die junge Frau den Patron um eine Analyse der Risiken an ihrem Arbeitsplatz. Der Grund: Stromkabel, die ins Wasser eines Geschirrspülers hängen, Fett auf der Treppe und eine kaputte Lüftung. Ausserdem kündigt sie ihrem Chef an, dass sie aufgrund ihrer Schwangerschaft künftig keine 30-Kilo-Säcke Kartoffel

«Ich habe es auch für meinen Sohn getan – und um alle Frauen zu ermutigen.»

SERVICEMITARBEITERIN
ALEKSANDRA JOVIĆ

fehlen mehr heben werde. Dazu Tamara Knežević von der Unia: «Die Bitten der werdenden Mutter sind völlig legal, und der Chef ist verpflichtet, ihnen nachzukommen.»

Bis die Sicherheitsmängel behoben sind, schreibt der Gynäkologe Aleksandra Jović für einen Monat krank. Statt in dieser Zeit die Probleme anzugehen, nimmt der Restaurantchef jedoch eine eigene Einschätzung der Risiken vor und kommt zum Schluss, dass es keine gebe. Aus diesem Grund bezahlt er Jović den Lohn für den Monat nicht, in dem sie krank geschrieben war.

PATRON MUSS KLEIN BEIGEBEN

Wenige Wochen nach der Geburt des Kindes eskaliert die Situation. Aleksandra Jović befindet sich noch im Mutterschaftsurlaub, als der Arbeitgeber sie zum ersten Mal ent-

lässt. Tamara Knežević: «Ganz klar eine unrechtmässige Kündigung. Die Entlassung einer Mitarbeiterin während der Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt ist gesetzlich verboten.» Der Patron muss klein beigeben. Genauso ungültig ist die zweite Kündigung, die in eine Zeit fällt, in der Jović krank geschrieben ist. Auch hier ist das Gesetz klar: Bei Krankheit beträgt die Sperrfrist für Kündigungen im 2. Dienstjahr 90 Tage.

Einige Wochen später flattert die dritte Kündigung ins Haus. Die offizielle Begründung: Umstrukturierung im Betrieb. Später wird der Restaurant-Patron vor Gericht leugnen, Jović aufgrund ihrer Mutterschaft entlassen zu haben, obwohl er bereits eine Person eingestellt hat, um Jović zu ersetzen. Und hier nun schafft das Gericht Klarheit und verurteilt den Patron wegen diskriminierender Kündigung.

SEXISMUS IN DER BRANCHE

Unia-Frau Tamara Knežević prangert den systematischen Sexismus und sexuelle Belästigung in der Branche an und den fehlenden Willen, diesen Missstand zu bekämpfen (rebrand.ly/angebaggert-angespuckt). Knežević erinnert auch daran, dass es in der Branche mehrheitlich Frauen gebe, dass diese schlecht bezahlt würden und sich oft in prekären Situationen befänden. Sie hofft, dass das Beispiel von Aleksandra Jović andere Frauen ermutigt. «Es war ein langer Kampf, aber es hat sich gelohnt.»

*Dieser Artikel erschien zuerst in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement Syndical» und erscheint hier in einer leicht abgeänderten Version.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Das Klima im Juni 2023: Wir müssen für einmal nicht hässig sein. Oder doch?

Frauenstreik, Klimagesetz und Mindestlohn: Wir haben bewegte Tage hinter uns. Ein erster Blick in den Rückspiegel lohnt sich.

Wenn im Sport jemand eine Abfahrt zweimal hintereinander gewinnt, dann sind diese Siege für die Sportreporterinnen und -reporter jeweils etwas für die Geschichtsbücher, die niemand schreibt und folglich auch niemand liest. Weil alles schnell vergessen geht, und dies erst noch zu Recht. Anders könnte es politisch mit dem Juni 2023 sein. Ein erster Blick in den Rückspiegel lohnt sich.

Rückspiegel 1: Der Frauenstreik war ein grosser Erfolg. Obwohl die bürgerlichen Frauen nicht mitmachten. Auch nicht Mitte-Bundesrätin Viola Amherd. Am Frauenstreik 2019 liess sie sich noch in Lila auf dem Bundesplatz blicken. Doch sie wurde nicht vermisst: Am diesjährigen 14. Juni streikten ganz viele junge Frauen. Neue Generationen wurden da offenbar politisiert. Und die Politik macht ihnen erst noch sichtlich Spass und Freude. Die Gewerkschaften, vorab die Unia, haben sich erfolgreich positioniert. Politik,



DRUCK DER STRASSE: Am Frauenstreik vom 14. Juni liessen sich die bürgerlichen Frauen kaum blicken – dafür nahmen ganz viele junge Frauen teil. FOTO: KEYSTONE

speziell feministische Politik, braucht den Druck der Strasse.

Rückspiegel 2: Die SVP steckte unglaublich viel Geld in die Lügenkampagne gegen das Klimagesetz. Pro hundert Franken Hetzwerbung machte Herrliberg fünfzig Mal weniger Stimmen als der Corona-Leugner Nicolas Rimoldi, der das Covid-Gesetz per Referendum zu Fall bringen wollte. Doch auch er schiffte an der Urne ab.

Das Resultat: Nun argumentiert nicht nur die NZZ für neue Atomkraftwerke. Sondern faktisch auch der «Tages-Anzeiger» (siehe dazu auch Seite 7).

Die Linken und Grünen müssen nun dringend aufzeigen, wie wir drei Dinge schaffen. Erstens den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Zweitens den Umstieg auf Elektromobilität. Drittens den Ersatz der bestehenden Öl- und Gasheizungen. Und das alles zu

vernünftigen Preisen! Nach dem gewonnenen ersten Satz (mit dem Ja zum Klimagesetz) ist vor dem zweiten Satz. Denn gewonnen haben wir erst, wenn die bestehenden Atomkraftwerke vom Netz gehen und keine neuen gebaut werden.

Rückspiegel 3: Die direkte Demokratie hat auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden ein Potential, das die Linke bisher vielleicht noch zu wenig

genutzt hat. So sagten ebenfalls am letzten Abstimmungswochenende die rot-grünen Städte Zürich und Winterthur klar Ja zu Mindestlöhnen, die im internationalen Vergleich respektabel sind (siehe auch Seite 5). In Zürich stimmten selbst traditionell bürgerliche Quartiere für einen Mindestlohn von 23.90 Franken. Da bewegt sich etwas im Unterholz. Denn ein höherer Mindestlohn wirkt wie ein Paternosteraufzug – also wie ein Lift – für alle anderen kleinen und mittleren Löhne und Renten. Nach vorne gedacht könnte dies bedeuten: Wer eine Einigung mit der EU will, muss die Gewerkschaften gewinnen und einen Mindestlohn von 24 Franken – vielleicht nach Regionen leicht abgestuft – als Bestandteil eines Pakets durchsetzen. Der Fortschritt hat Wind in den Segeln.

All diese Beispiele zeigen: Politische und gewerkschaftliche Arbeit ist komplex. Nur wer alle Ebenen ausreizt, nutzt das ganze Potential. Und in diesen Prozessen gibt es so etwas wie die relative Autonomie der Ebenen. An uns liegt es, überall die erfolgversprechenden Schlupflöcher zu suchen und zu finden.

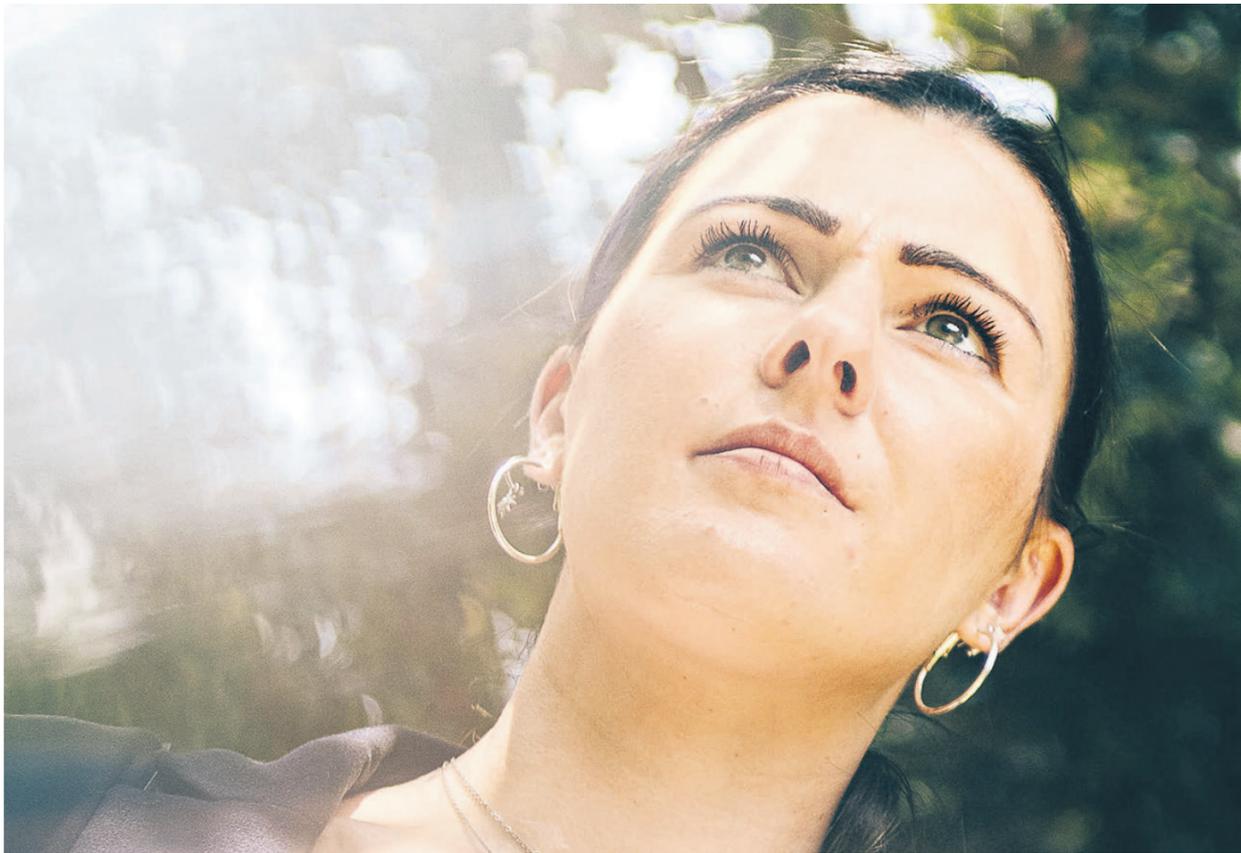
LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/paternoster
In Genf verdienen bereits heute dank dem Mindestlohn 30 000 Frauen und Männer mehr Geld, als dies ohne Mindestlohn der Fall wäre. Aber auch alle übrigen profitieren von diesem Paternosteraufzugs-Modell. Wie das technisch funktioniert, erklärt uns Wikipedia.
- rebrand.ly/poulantzas
Wer erinnert sich noch an die Bücher und Aufsätze des französisch-griechischen Politikwissenschaftlers und Marxisten Nicos Poulantzas, der im Alter von 43 Jahren den Freitod wählte? Wiederum auf Wikipedia lesen wir: «Der Staat verfügt nach Poulantzas' Theorie im Kapitalismus über eine relative Autonomie von der ökonomischen Sphäre, wie auch die einzelnen Staatsapparate untereinander in relativer Autonomie zueinander stehen.» Poulantzas ging von verschiedenen Ebenen oder Instanzen in der Produktion des gesellschaftlichen Lebens aus, der ökonomischen, politischen und ideologischen, die alle eine relative Autonomie besitzen, aber notwendig miteinander verbunden sind. Tönt etwas komplizierter, als es in der Praxis ist. Der Zusammenhang zwischen Frauenstreik, Klimagesetz und Mindestlohn belegt dies.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: workzeitung.ch

Frankreich: Neun Wochen Streik beim Kinderausrüster Vertbaudet

Wer hat Angst vor Manon Ovion?



LAGERISTIN MANON OVION: «Der Lohn muss zum Leben reichen. Nur gerade irgendwie überleben ist zu wenig.» FOTO: STÉPHANE DUBROMEL

Vertbaudet verkauft Kleider, Möbel und Spielzeug für Kinder. Alles in Pastell, alles hübsch. Der Lohn der Lageristinnen war hingegen mies. Bis Streikführerin Manon Ovion der Geduldsfaden riss.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Irgendwann ist auch für Manon Ovion, 30, genug. Eigentlich sei sie introvertiert, fast scheu, sagen die Kolleginnen. Nur wenn sie lacht, wirkt das, als habe jemand das Licht angeschaltet. Doch allzu sehr sollte man sie nicht reizen, sagt der Vater ihrer zweijährigen Tochter. Am 20. März war die Geduld von Manon Ovion definitiv erschöpft, sie trat an der Spitze von 83 Lagerarbeitenden im Logistikzentrum des Vertbaudet-Konzerns in einen harten Streik. Es war die erste Arbeitsniederlegung der Firmengeschichte.

Hier arbeiten vor allem Frauen, viele alleinerziehende Mütter. Da schmerzt jeder Euro Lohn, den sie bei einem Ausstand verlieren. Dennoch haben sie zweieinhalb Monate durchgehalten. Als Ovion am 2. Juni aus den Marathonverhandlungen mit der Firmenleitung zum Streikpikett kam, reckte sie die Faust: Lohnerhöhungen zwischen 4 und 7 Prozent, je nach Dienstalter! «Ich wusste, dass wir am Ende gewinnen. Manchmal hilft eben nur Streik!»

REBELLISCHER EIGENSINN

Vertbaudet verkauft Kleider, Spielzeug und mehr für Kleinkinder. Alles in Pastell, alles hübsch. Ursprünglich eine Familienfirma, heute unter Kontrolle eines internationalen Finanzfonds. Den interessiert allein die Rendite. Der Job der Frauen in Marquette-lez-Lille bei Tourcoing an der belgischen Grenze ist physisch hart, der Lohn mies.

Eine Mehrheit verdient den gesetzlichen Mindestlohn, netto etwa 1280 Franken. Um 4 Uhr 45 ist Arbeitsbeginn der Früh- schicht, die Pakete für den Versand und die Vertbaudet-Filialen müssen zeitig auf die Strasse. Schwierig, da ein Kind aufzuziehen, die Krippen und Schulen machen erst viel später auf. Manon Ovion kennt das gut, sie kommt aus einer Arbeiterfamilie, ihre Mutter arbeitet auch als Lageristin, in einer Firma nebenan. Erst 51-jährig, hat die Arbeit sie an Beinen und Rücken geschädigt: «Sie hat sich für uns aufgeopfert.» Es sei gewiss kein Kindertraum gewesen, sagt Manon Ovion, dieser Job als Lageristin. Sie hat ihre Ausbildung als Buchhalterin abgebrochen, um der Mutter beizustehen. Sie lacht: «Ich bereue nichts.»

IM WÜRGEGRIFF

Wie sie das sagt, blitzt rebellischer Eigensinn auf. Der Gewerkschaft CGT ist sie beigetreten, nachdem ein Chef sie wegen einer WC-Pause schräg angemacht hatte. Es sei höchste Zeit gewesen, bei Vertbaudet eine richtige Gewerkschaft aufzubauen: «Die Mehrheitsgewerkschaften hier machen das Spiel der Firmenleitung mit.» Wie in diesem Frühjahr, als die Inflation die Tiefelöhne zu Hungerlöhnen abschnitzelte. Benzin, Strom, Lebensmittel wurden beinahe unerschwinglich. Kino, Ausflüge, Coiffeur, Kleider, Ferien wurden gestrichen, in die Einkaufskörbe kamen nur noch Sonderangebote. Ovion sagt: «Wir Arbeiterfamilien kennen das, aber es kann nicht sein, dass man vom Lohn seiner Arbeit nicht mehr leben kann. Nur gerade irgendwie überleben ist zu wenig.» Doch die anderen Gewerkschaften unterschrieben einen Deal mit null Euro Lohnerhöhung, ohne Teuerungsausgleich, obschon der Vertbaudet-Finanzchef gerade einen zweistelligen Millionengewinn gefeiert hatte.

Streik ist nie ein Sonntagsspaziergang, dieser aber wurde ein besonders rauher Ritt. Nur etwa ein Drittel der Arbeitenden zogen mit. Die Firma drohte und täuschte. Innenminister Gérald Darmanin, der seine Karriere als Bürgermeister von Tourcoing begonnen hatte, schickte die Robocops. Dreimal räumten sie brutal das Streikpikett ab und verletzten dabei etliche Frauen. Im Würgegriff eines Flics verlor eine Fünfzigjährige beinahe das Le-



KLASSE(N)-FRAUEN: Streikführerin Ovion mit CGT-Chefin Sophie Binet (rechts). FOTO: SIPA

ben. Ein maskiertes Kommando entführte einen CGT-Gewerkschafter vor den Augen seiner Kinder, schlug ihn zusammen und setzte ihn 10 Kilometer weiter wieder aus.

Ovions Mut brach dies nicht: «Sie dachten, uns einzuschüchtern. Doch es hat uns zusammengescheissst.» Raffinerie-Arbeitende, Eisenbahner und diverse Belegschaften, die ebenfalls um höhere Löhne rangen, eilten zur Unterstützung herbei. Jean-Luc Mélenchon, der Kopf der linken Nupes, brachte seine «Bewunderung» mit und einen grossen Check für die Streikkasse.

EINE WELT GEWONNEN

So wurde der Vertbaudet-Streik zum nationalen Thema. Die frisch gekürte CGT-Chefin Sophie Binet machte ihre erste Dienstreise nach Marquette-lez-Lille: «Euer Kampf ist ein Emblem für die Situation der Frauen: prekäre Jobs, unmögliche Arbeitsbedingungen, die Kombination von Klassenverachtung und Sexismus.»

Am Ende haben die unterschätzten Vertbaudet-Frauen den Konzern niedergeworfen – er musste die Löhne anheben, auf alle Massnahmen gegen die Streikenden verzichten. Manon Ovion und ihre Kolleginnen haben eine Welt gewonnen: «Wir haben gelernt, wozu wir fähig sind. Jetzt wird jede immer für jede andere eintreten. Früher haben wir uns über die Direktion genervt. Heute haben wir ein Kräfteverhältnis.»

Vielleicht reicht das Geld jetzt sogar für ein paar Tage Ferien. Ovion möchte mal nicht kochen, haushalten, einfach nur an der Sonne liegen. Zum Beispiel auf Kuba. In ihrem Kinderzimmer war der legendäre Revolutionär Che das einzige Poster. «Vielleicht im nächsten Leben», scherzt sie.



la suisse existe
Jean Ziegler

KRANKENKASSEN-SKANDAL

Im vergangenen Januar stiegen die Krankenkassenprämien im Landesdurchschnitt um 6,6 Prozent. Für den kommenden Herbst kündigt der Bundesrat eine neuerliche massive Prämienerhöhung an. Für viele Tausende von Familien – auch solche mit mittlerem Einkommen – wird die obligatorische Krankenversicherung zum Albraum.

ASTRONOMISCH. Die obersten Chefs der grössten Krankenkassen garnieren hingegen astronomische Saläre und üppige Spesenvergütungen. Die Geschäftsberichte der Kassen müssen diese skandalösen Summen offenlegen. Zum Beispiel

Die zehn ersten Kassen-Moguln garnieren allesamt pro Jahr mehr als ein Bundesrat.

Andreas Schönenberger, Chef der Kasse Sanitas: 2022 erhielt er 956 486 Franken. Dabei gehört Sanitas zu den kleineren

Kassen. Und Schönenbergers Salär rechtfertigt sich auch nicht durch ausgewiesene Erfahrung im Gesundheitswesen: Vor seinem Eintritt bei Sanitas arbeitete er beim Telekomanbieter Salt. Die zehn ersten Kassen-Moguln garnieren allesamt eine grössere Jahresentschädigung als ein Bundesrat. Groupe-Mutuel-Chef Thomas Boyer bezieht 800 000 Franken; Rico Dahinden von Swica, Roman Sonderegger von Helsana, Ruedi Bodenmann von Assura weisen ebensolche Bezüge aus. Die CSS-Chefin, Philomena Colatrella, kommt auf 725 000 Franken Jahresgehalt.

BEDEUTSAM. Wer bezahlt diese fürstlichen Saläre? Wir, die Prämienzahlerinnen und -zahler. Dieser Skandal bewegt die Öffentlichkeit. Im Parlament ist es insbesondere die SP, welche die total übertriebenen Einkünfte der Krankenkassen-Bonzen per Gesetz beschränken will. Und siehe da: in einer ersten Runde war sie erfolgreich. SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen ist Präsidentin der schweizerischen Patientenorganisation. In der Gesundheitskommission des Nationalrates errang sie einen bedeutsamen Sieg: Die Motion der Kommission wurde im Rat angenommen.

Was will die Motion? Die Chef-Saläre auf 250 000 im Jahr beschränken. Die Verwaltungsrätinnen und -räte der Kassen – häufig amtierende Nationalrätinnen oder Ständeräte – erhalten zukünftig maximal 50 000 Franken im Jahr.

VERLOGEN. Doch am 6. Juni versenkt die Gesundheitskommission des Ständerates die nationalrätliche Motion. Vier Fünftel der Mitglieder der Gesundheitskommission des Ständerats sitzen fürstlich entlohnt in den Verwaltungsräten. Der Ständerat verweist auf die parlamentarische Initiative von SP-Nationalrat Baptiste Hurni, die die Bestimmung des Maximallohnes dem Bundesrat überlässt.

Mir scheint dieser Lösungsvorschlag ziemlich verlogen. Denn die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates hat bereits mehrmals gegen die Lohnbindung opponiert. Ihr Argument: Die Verfassung garantiere die Wirtschaftsfreiheit. Das ist absurd. Die Krankenkassen sind zwar privatrechtliche Institutionen. Aber in der Schweiz herrscht per Gesetz das Kassenobligatorium. Die Wirtschaftsfreiheit ist hier ohnehin eingeschränkt.

Niemand weiss, wie der Kampf in Bern ausgehen wird. Aber in einer Demokratie zählt die öffentliche Meinung. Es liegt an jeder und jedem von uns, dass der Krankenkassenskandal endlich ein Ende nimmt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Der Frauenstreik 2023 war ein grandioser Erfolg: 300 000 Menschen protestierten auf den Strassen und in den Betrieben

Entsteht da gerade die Schweiz von morgen?

Wie kam es zum erneuten Grossprotest am vergangenen 14. Juni? Was hat sich seit dem ersten grossen Frauenstreik 1991 verändert, was bleibt gleich, und übernimmt jetzt die jüngste Generation? work hat nachgefragt: bei Unia-Präsidentin Vania Alleva, die an vorderster Front für Gleichberechtigung kämpft, bei der Geschichtspräsidentin Regina Wecker, Geschlechterforscherin der ersten Stunde, und bei der Historikerin Anja Suter, die zur feministischen Geschichte arbeitet.

Unia-Präsidentin Vania Alleva (53):

Wieder ein historischer Tag, ein mächtiges Zeichen

«Ich zehre noch heute von der grossartigen Energie an diesem 14. Juni und der kraft- und lustvollen Stimmung. Wir wussten ja nicht, wie viele Frauen und solidarische Männer dem Ruf der feministischen Streikkomitees, linken Parteien und Gewerkschaften folgen würden. Schliesslich ist die politische Gross-

Es gab über zwanzig Demonstrationen im ganzen Land, auch in kleineren Städten. Und Aktionen und Streikpausen in und vor vielen Betrieben. Insgesamt waren es über 50 allein von der Unia unterstützte Branchen- oder Betriebsaktionen. Und es gab sogar einen Streik von Reinigerinnen bei der Firma «SOS-Reinigungen» in Luzern, der noch am gleichen Tag einen Durchbruch brachte: Die Firma will die Missstände bei Lohnauszahlungen beheben und die Mobbing-Probleme angehen.

Mit anderen Worten: Es war wieder ein historischer Tag! Und wieder ein mächtiges Zeichen.

2019 WIRKTE NACH

Das straft all jene Lügen, die im Vorfeld des Frauenstreiks behauptet haben, ein solcher sei unnötig, weil die Gleichstellung längst erreicht sei und die Lohndiskriminierung inexistent. Es ist unsäglich, was uns die Arbeitgeber und rechten Parteien da alles aufzuteilen und noch immer aufzuteilen: Es gab eine frauenfeindliche Gegenkampagne von rechts. Und gibt sie noch. Und die Zürcher Medienhäuser übernehmen sie unkritisch. Und sie tun es noch. Zuletzt verbreiteten sie die These, die bürgerlichen Frauen seien vom Streik ausgeschlossen worden, weil die Linken ihn gekapert hätten. Ja, sie entblenden sich nicht zu behaupten, die Unia habe den Frauenstreik 2023 gekapert.

Offenbar haben die Rechten Angst. Offenbar hat sie der Frauenstreik 2019, an dem gegen eine halbe Million Frauen und Männer auf die Strasse gingen, nachhaltig erschreckt. Deshalb versuchten sie jetzt

mit allen Mitteln, Gegensteuer zu geben. Nur: es ist ihnen gründlich misslungen. Denn Hunderttausende Frauen und Männer in der Schweiz sind immer noch hässig. Und sie haben allen Grund dazu.

FRUSTRIERENDE FAKTEN

Statt vorwärts geht's gleichstellungspolitisch neuerdings wieder rückwärts: bei den Löhnen, bei den Renten und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das belegt jetzt auch der neuste «Global Gender Gap Report» des World Economic Forum (WEF), der die Schweiz in Sachen Gleichstellung um 8 Plätze zurückstufte. Unter anderem wegen des ungleichen Erwerbseinkommens zwischen Männern und Frauen.

Fakt ist: Das Einkommen der Frauen ist 43,2 Prozent niedriger als jenes der Männer. Das sind Zahlen des Bundesrats. Und die Frauen haben einen Drittel weniger Rente. Noch immer sind es die Frauen, die die Hauptlast für die Care-Arbeit tragen. Unbezahlt! Nämlich 5,5 Milliarden Stunden pro Jahr. In Franken ungerecht entspricht diese Arbeit 315 Milliarden Franken.

Und trotzdem müssen die Frauen nach dem ultraknapen Ja zur AHV 21, das vor allem die Männer herbeigeführt haben, neuerdings noch länger arbeiten. Das ist nichts anderes als eine weitere Renten Kürzung. Und ebenso frustrierend wie die Tatsache, dass es auch eine strukturelle Lohndiskriminierung gibt: Je mehr Frauen in einer Branche arbeiten, desto tiefer sind dort die Löhne. Das ist statistisch belegbar. Genauso wie die männliche Gewalt, der viele Frauen aus-

gesetzt sind: Alle zwei Wochen wird in der Schweiz eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Und jede Woche überlebt eine Frau einen versuchten Femizid. Das ist die traurige Realität. Immer noch!

HOCH DIE LILA FAUST!

Aus all diesen Gründen intensivierte die Unia ihre Mobilisierungsanstrengungen für den Frauenstreik 2023. Da hat viel Arbeit stattgefunden, auch in den Regionen. Wir legten den Fokus diesmal noch stärker auf die Frauen in den Betrieben. So kam es zu mehr und sichtbarerem Aktivismus als 2019. Die riesige lila Unia-Faust, die am 14. Juni über dem Bundesplatz wehte, stand symbolisch für diese verstärkte Mobilisierung.

Und was wir aufgebaut haben, treiben wir jetzt weiter. Wir werden nicht nachlassen. Es braucht den Druck der Strasse über den 14. Juni hinaus. Und auch den Druck in den Betrieben. Sonst können wir die Rückschritte von rechts nicht brechen.

Berechtigte Hoffnung besteht: Denn in der Schweiz scheint sich gerade etwas gesellschaftlich Grundsätzliches zu verändern. Das hat der mächtige Frauenstreik 2023 gezeigt: Neue, starke und stark politisierte Generationen von jungen und sehr jungen Frauen kommen nach – und sie fordern eine sozialere, frauenfreundlichere, ressourcenschonendere und gerechtere Gesellschaft. Sie gehen dafür auf die Strasse und tun dies erst noch mit grosser Lust.

Entsteht da vielleicht gerade die Schweiz von morgen?

Historikerin Regina Wecker (79):

Schon 1991 ging es um Kitas, Belästigung und Aufteilung der Hausarbeit

«Den Streikknopf von 1991 habe ich noch. Und die Forderungen von damals? Die sind ja im Grunde noch die gleichen: Lohngleichheit, die gleiche Ausbildung für Frauen, die Bekämpfung der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz, die Gleichstellung in der sozialen Sicherheit, mehr Krippenplätze, die Aufteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau.

Der Kontext aber war 1991 ein anderer. Das Datum hatten die Frauen des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds gewählt, weil es das Gleichstellungsgesetz immer noch nicht gab, das die rechtliche Durchsetzung des Verfassungsartikels ermöglichen sollte, der am 14. Juni 1981 in die Bundesverfassung aufgenommen worden war. Der Arbeitgeberverband war sogar dagegen, dass es dieses Gesetz überhaupt geben sollte. Den Kommentar von SRF am Streiktag habe ich jetzt nochmals gehört. Schon damals hatte es mich genervt, dass man offensichtlich nur Frauen befragt hatte, die den Streik überflüssig fanden. Dabei hatten 500 000 diesen Streik nicht nur für nötig befunden, sondern sich auch beteiligt.

GEWALTIGER ERFOLG

Das Gleichstellungsgesetz wurde – endlich – 1996 in Kraft gesetzt und erleichtert seither die Durchsetzung des Verfassungsgrundsatzes. Klagen, insbesondere gegen diskriminierende Kündigungen und gegen Lohndiskriminierung, wurden möglich. Auch im Bereich der politischen Beteiligung von Frauen gab es inzwischen Fortschritte, von gleichberechtigter Vertretung konnte aber auch hier nicht die Rede sein. Die Befürchtung, dass sich das bei den im Herbst 2019 anstehenden Wahlen nicht ändern würde, war meiner Meinung nach einer der Gründe für den Zeitpunkt des zweiten grossen Frauenstreiks.

Lohn – Zeit – Respekt. Dass dieser Neuauftrag der Forderungen aber ein so gewaltiger Erfolg beschieden war – es wird wieder von mehr als 500 000 Streikenden gesprochen –, war auch der #MeToo-Bewegung zu verdanken. Entsprechend nahmen die Forderungen nach Bekämpfung von sexueller Belästigung einen breiten Raum ein. In Erinnerung geblieben ist mir aber vor allem die Omnipresenz des Logos des Frauenstreiks. Der prominenteste Ort in Basel war sicher der Roche-Turm, auf dem die Faust mit dem roten Daumennagel in Riesenformat prangte. Mit den Umbenennungen von Strassen nach Frauen wurde eine Aktion des Frauenstreiks 1991 – damals in der Westschweiz – wieder aufgenommen. Klar, hab ich mich über die Regina-Wecker-Strasse gefreut. Für die Wahlen im Herbst 2019 ging die Rechnung auf: Auf eidgenössischer Ebene, in den meisten Kantonsparlamenten und Regierungen wurden mehr Frauen gewählt. Hoffentlich klappt es, diesen Erfolg im Wahlherbst nach dem Streik vom 14. Juni 2023 zu wiederholen. Er war ja ein beachtlicher Erfolg.

KNACKPUNKT FRAUENLÖHNE

Zwischen den beiden Streiks 2019 und 2023 lag die schwierige Coronazeit, in der die Wichtigkeit der Arbeit, insbesondere



GESCHLECHTERFORSCHERIN: Regina Wecker ist emeritierte Geschichtspräsidentin der Uni Basel und massgeblich am Aufbau der Geschlechterforschung in der Schweiz beteiligt. Einer ihrer Forschungsschwerpunkte ist die Lohnarbeit. FOTO: ZVG



FRISCHER FRAUENWIND: Gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt, Lohndiskriminierung, Rentenklau und mangelnde Wertschätzung der unbezahlten Care-Arbeit gingen an diesem 14. Juni wieder Hunderttausende – vor allem auch jüngere Frauen – auf die Strasse. FOTO: MARION NITSCH, FRESHFOCUS

Historikerin Anja Suter (43):

Entschlossen vielfältig und wütend beschwingt

«Wir sind eine Wucht, stand auf einem Transparent, das am 14. Juni an einem Wagen befestigt durch Zürichs Strassen zog. Und so war es: Mit Wut und Leidenschaft nahmen sich auch dieses Jahr in der gesamten Schweiz Hunderttausende von Frauen, Mädchen, inter-

ropas Grenzen in den Tod zu schicken. Und sie machten überdeutlich klar: Das Recht auf Abtreibung wird weiter vehement verteidigt: «My body, my choice – full stop!»

ANGSTEINFLÖSSENDE WUCHT

Es ist diese schiere Vielfalt, die branchen-, alters- und organisationsübergreifende Breite, die Empörung und zugleich die Freude am gemeinsamen Kampf, die diesen Tag und diese Bewegung ausmacht. Sexarbeiter:innen gemeinsam mit Kinderbetreuer:innen, Schüler:innen mit Rentner:innen, Sans-papiers mit Schweizer:innen. Und es ist diese «Wucht», die den Bürgerlichen Angst macht: Dem Streiktag vorausgegangen war ihr lautes Memento, der 14. Juni sei von Gewerkschaften und Linken «gestohlen» worden. Interessant – oder vielmehr: brisant! – ist hier die aktive Amnesie: Der 14. Juni war von Anfang an ein Streik von Arbeiterinnen, viele von ihnen mit Migrationsgeschichte. Es waren Uhrenarbeiterinnen aus dem Vallée de Joux wie Liliane Valceschini, die gemeinsam mit der Smuv-Gewerkschafterin Christiane Brunner den ersten Frauenstreik 1991 und somit den bis dahin grössten Streik in der Geschichte der Schweiz anstießen.

DAS GEGENTEIL VON SPALTUNG

Die feministische Kritik stellt auf vielfältige Weise herrschende Macht- und Ausbeutungsverhältnisse radikal in Frage. Kein Wunder, fürchten sich jene davor, die



HISTORIKERIN: Dr. des. Anja Suter ist Historikerin mit den Schwerpunkten feministische Geschichte, Geschichte der Arbeit und (post-)koloniale Geschichte der Schweiz. FOTO: ZVG

von den bestehenden Verhältnissen profitieren. Bereits 1991 versuchten Bürgerliche und Rechte, den Frauenstreik und die Streikenden zu diffamieren. Dieses Jahr versuchen sie, eine Spaltung herbeizureufen, weil der 14. Juni neu als «feministischer Streik» Geschichte schreibt. Dabei offenbart diese Umbenennung genau das Gegenteil einer Spaltung: Sie zeigt, dass

Menschen, die sich weder als Frau noch als Mann definieren, aktiver Teil der Bewegung sind und dass sich auch Männer solidarisch am Streik beteiligen. Und sie zeigt, dass gerade heute rechte Attacken gegen LGBTQ+ Personen bekämpft werden müssen – und zwar entschlossen. Denn es sind überall auf der Welt stets die an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen, die als erstes attackiert werden.

Wie es die Zürcher Aktivistin Sadaf Sedighzadeh in ihrer Rede auf den Punkt brachte. Unter dem Titel «Jin Jian Azadi» (kurdisch: Frau, Leben, Freiheit) brachte sie den feministischen Aufstand gegen das Mullah-Regime in Iran, der nach der Ermordung der Kurdin Jina Mahsa Amini ausbrach, mit der weltweit zunehmenden Gewalt gegen trans Menschen in Verbindung: «Wir sind alle Jina, weil Angriffe auf trans Menschen in den letzten Jahren so stark zugenommen haben, dass ich mir ernsthaft Sorgen um das Leben meiner Herzensmenschen mache. Wir sind alle Jina, und wir sind alle das Leben selbst (...). Jin Jian Azadi erkämpft uns Freiheit.»

Etwas beschwingter fasste es der Slogan, der auf dem T-Shirt einer Teenagerin prangte: «If you exist me I'll feminist you» – frei übersetzt beispielsweise: «Wenn du mir sexistisch kommst, zeige ich dir, was Feminismus heisst». Das Motto kann als Résümé des Tages und der leidenschaftlich-wütenden Stärke dieser breiten Bewegung gelesen werden – und zugleich als Aufforderung an dieselbe, diese Kraft immer wieder aufzubringen.

14. Juni 2023

Wieder ein historischer Tag:

WIR ALLE SIND DIE SCHWEIZ VON MORGEN!



UNIA

Fotos: Unia, Lucas Dubuis, Manu Friederich, Purple Eye Kollektiv/
Freshfocus: Sabine Rock, Marie-Pierre Cravedi, Jana Leu.

Gestaltung: designhexe.com

Erfolgsgeschichten aus dem Gosteli-Archiv

Wenn Frauen sich zusammen tun

Frauen mussten in der Schweiz lange um grundlegende Rechte ringen: von fairen Renten über legale Abtreibungen bis zur Akzeptanz von Homosexualität. Das Projekt «zusammenfrauen» erinnert an diese Kämpfe.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Der Frauenstreik am 14. Juni war gross. Über 300 000 Menschen schlossen sich zusammen, um für Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu kämpfen (siehe auch Seiten 10 und 11). Solche gemeinsamen Kämpfe gab es in der Vergangenheit viele. Das zeigt das Projekt #zusammenfrauen vom Gosteli-Archiv.

EINE RENTE AUCH FÜR FRAUEN

Zu einer der wichtigsten Erfolgsgeschichten gehört die 10. AHV-Revision. Bis 1995 hatten verheiratete oder geschiedene Frauen keinen Anspruch auf eine eigene AHV-Altersrente. Seit der Revision gilt das «Splitting»: damit haben auch verheiratete und geschiedene Frauen ein Recht auf Rente. Ein weiterer Durchbruch kam 1997: Die unbezahlte Sorgearbeit für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige wird seither in die Rentenberechnung einbezogen. Für die Frauen ein riesiger Fortschritt! Sind es doch vor allem sie, die den Grossteil der unbezahlten Arbeit stemmen und so oft nur zu kleinen Pensen oder gar nicht erwerbstätig sein können. Was zu grossen Renteneinbussen führt.

Diese bedeutende AHV-Revision kam aber nicht von ungefähr: Sie wurde von verschiedenen Frauenorganisationen sowie am ersten Frauenstreik 1991 gefordert. Doch die AHV wird auch immer wieder angegriffen, zuletzt mit der Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre (work berichtete [rebrand.ly/ratgeber-rente](https://www.rebrand.ly/ratgeber-rente)).

«MEIN KÖRPER, MEINE ENTSCHEIDUNG»

Lina Gafner, Co-Direktorin des Gosteli-Archivs, sagt es so: «Man könnte nun meinen, das werde einfach immer besser. Wir Frauen hätten einmal wenig Rechte gehabt und immer mehr erhalten, und es brauche nur noch ganz wenig, dann sei alles gut. Aber so einfach ist die Geschichte leider nicht. Es gibt Rechte, die wieder in Frage gestellt werden, beispielsweise das Recht auf Abtreibung.»

Erst seit knapp 20 Jahren sind Abtreibungen in der ganzen Schweiz legal. Auch diesen politi-



AUF DIE STRASSE, IMMER WIEDER! Demonstrantinnen an der ersten nationalen Schwulendemo 1979 in Bern. Daneben: Eine Infoschüre zur Abstimmung über die Fristenregelung 2002. FOTOS: GOSTELI-ARCHIV / GERTRUD VOGLER, SOZIALARCHIV

schen Durchbruch verdanken wir Frauen, die zusammen gekämpft haben. Und zwar lange: Bereits in den 1910er Jahren wurde die Forderung nach der Selbstbestimmung der Frau laut, 1977 scheiterte die erste Abtreibungsinitiative an der Urne. Und noch bis 2002 war es nicht in allen Kantonen legal, abzutreiben! Eine Frau durfte nur abtreiben, wenn sie sich in einer schweren körperlichen oder seelischen Notlage befand. Dann endlich wurde vor knapp 20 Jahren mit der Fristenregelung eine Initiative angenommen, dank der eine Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche nicht mehr strafbar ist.

ERKÄMPFTES MUSS ERHALTEN BLEIBEN

Doch rechtskonservative Kreise haben das Recht auf Abtreibung erst jüngst wieder ins Visier genommen. Bis am 21. Juni 2023 sammelte die SVP Unterschriften für zwei Initiativen, die den Zugang zur Abtreibung erschweren sollen. Doch der Angriff hatte keine Chance! Die nötigen Unterschriften kamen nicht zusammen.

Aber nicht bei allen Kämpfen haben sich die Frauen von Anfang an zusammengeschlossen. Im Kampf um die Akzeptanz von Homosexualität gab es lange Zeit eine Spaltung zwischen lesbischen Gruppierungen und Heterofrauen. Erst in den 1990er Jahren sahen feministische Gruppierungen ein, dass Lesben genauso gegen patriarchale Strukturen kämpften wie sie. Mit vereinten Kräften bewirkten sie politische und gesellschaftliche Veränderungen. Ein Höhepunkt war die angenommene Initiative «Ehe für alle», die es gleichgeschlechtliche Paaren seit 2022 erlaubt zu heiraten.

Das Gosteli-Archiv hat viele weitere historische Frauenkämpfe zusammengetragen. Für Co-Direktorin Gafner ist es wichtig, nicht nur einzelne Kämpferinnen ins Rampenlicht zu rücken, sondern die unterschiedlichen feministischen Bewegungen, die sich zusammenschlossen.

Weitere Meilensteine der Schweizer Frauenbewegung und spannendes Hintergrundwissen gibt es auf [zusammenfrauen.ch](https://www.zusammenfrauen.ch) und auf [instagram.com/zusammenfrauen](https://www.instagram.com/zusammenfrauen).

Migrations-Jugendtreff **migranTisch** in Bern

Das Haus der Religionen in Bern lädt am 4. Juli zum «migranTisch» ein. Die Veranstaltung richtet sich an Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, die selbst Migrationshintergrund haben oder aus einer Familie mit Migrationsgeschichte stammen. Das Ziel des etwas anderen Jugendtreffs: über Rassismuserfahrungen im Alltag sprechen und sich mit Gleichaltrigen austauschen. Trotz den schwierigen Themen sollen die Jugendlichen an diesem Abend gemeinsam Spass haben – dafür sorgen Musik und Pizza!

Jugendtreff «migranTisch», am 4. Juli um 17 Uhr im Haus der Religionen in Bern. Anmeldung per Mail an: yamina.ghazli@haus-der-religionen.ch.

Klinik-Schwarzbuch **Stimmen aus den Spitälern**

Die Kliniken sind am Limit. Das zeigt das erschütternde «Schwarzbuch Krankenhaus», verfasst von einem Kollektiv von Spital-Mitarbeitenden und veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die 30 Erfahrungsberichte bringen die



KLARTEXT: Pflegerin am landesweiten Warnstreik im März. FOTO: KEY

brutale Realität in den deutschen Krankenhäusern ans Licht: Menschen sterben, weil am Personal gespart wird. Neugeborene stürzen ins Leben, weil es an Hebammen fehlt. Dazu kommen Berichte über Patienten, die sich in den Spitälern das Leben nehmen, oder über Kranke, die in Wartezimmern unbemerkt versterben. Die Realität im Gesundheitswesen ist hart, aber sie soll auch dazu ermutigen, sich nicht mit dem Status quo abzufinden. Am Ende der Lektüre geben die Mitglieder des Spital-Kollektivs anderen Pflegenden hilfreiche Tipps, wie sie selber aktiv werden können.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: **Schwarzbuch Krankenhaus – das Schweigen brechen**, gratis Download unter [rebrand.ly/schwarzbuch-krankenhaus](https://www.rebrand.ly/schwarzbuch-krankenhaus).

Neuer Bärffuss-Roman **Feinfühliges Familienepos**

Der neueste Roman des Schweizer Autors Lukas Bärffuss, «Die Krume Brot», ist nichts für zarte Seelen. Die Erzählung beginnt Anfang des 20. Jahrhunderts in der Stadt Triest. Die aus italienischem Nationalismus, Faschismus und Krieg entspringende Familiengeschichte führt nach Zürich. Dort wird Adelina, die tragische Hauptfigur des Romans, als Tochter italienischer Eltern geboren. In der Schule, in der Fabrik und als Mutter kämpft sie ums Überleben. Ihre Schulden und ihre Einsamkeit lassen sie in eine Spirale der Armut und der psychischen Probleme abgleiten. Eine Geschichte über vier Generationen, geschrieben mit viel Empathie und Lebenserfahrung.

Lukas Bärffuss: **Die Krume Brot**, Verlag Rowohlt, Zürich 2023, 224 Seiten, Fr. 30.90.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



FALSCHER BEHAUPTUNGEN ÜBER «FAULE» TEILZEITARBEITENDE

Neoliberale Ökonomen wie der Luzerner Professor Christoph Schaltegger oder rechte Politiker wie FDP-Präsident Thierry Burkart wollen uns weismachen, dass in der Schweiz zu wenig gearbeitet werde. Die offiziellen Zahlen ergeben aber ein ganz anderes Bild: 2022 stieg die Anzahl aller geleisteten Arbeitsstunden in der Schweiz um 1,3 Prozent auf rekordhohe 7,9 Milliarden Stunden.

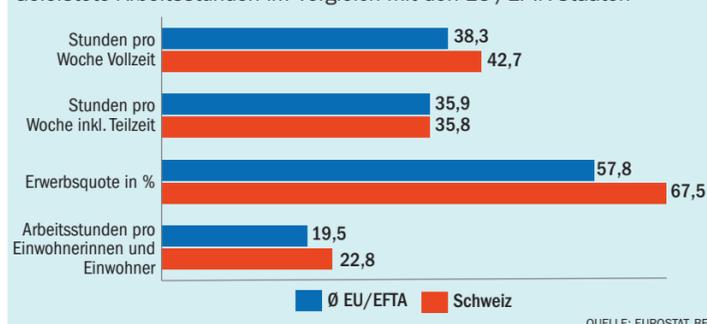
SCHLECHTGERECHNET. Europaweit liegt die Schweiz mit einer Vollzeit-Arbeitswoche von über 42 Stunden einsam an der Spitze, der europäische Durchschnitt liegt bei einer 38-Stunden-Woche. Werden neben den Vollzeit- auch die Teilzeitbeschäftigten berücksichtigt, sinkt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit hierzulande auf knapp 36 Stunden. Das ist aber nicht etwa besonders wenig, sondern liegt ziemlich genau im europäischen Durchschnitt. Der einzige Unterschied: In der Schweiz

gibt es überdurchschnittlich viele Teilzeitangestellte. Und das sind vor allem Frauen. Sie übernehmen zu Hause den Löwenanteil der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit – und büssen dafür an Lohn ein. Es ist bezeichnend, dass die rechten Kritiker diese riesige Menge an Gratisarbeit in Haushalt, Familie und Pflege nie erwähnen. Klar ist aber auch: Wenn sie das täten, dann ginge ihr Märchen von den «faulen Teilzeitern» nicht mehr auf. Schliesslich übersteigt die unbezahlt geleistete Arbeit mit fast 10 Milliarden Stunden sogar die Zahl der Erwerbsstunden.

SENKUNG ÜBERFÄLLIG. Auch bei der Erwerbsquote – also dem Anteil Erwerbstätiger, gemessen an der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren – steht die Schweiz an der Spitze. Genauso beim Anteil der Arbeitsstunden, gemessen an der Gesamtbevölkerung (22,8 gegenüber 19,5 Arbeits-

In der Schweiz wird viel und lang gearbeitet

Geleistete Arbeitsstunden im Vergleich mit den EU-/EFTA-Staaten



stunden im europäischen Vergleich). Kein Wunder, ist auch die Arbeitsproduktivität rund einen Viertel höher als im europäischen Durchschnitt. Allen Behauptungen zum Trotz gehört die Schweiz also nach wie vor zu den Ländern mit der längsten Arbeitszeit und der höchsten Erwerbsbeteiligung. Und die hohe Arbeitsproduktivität

würde es längst erlauben, die generelle Arbeitszeit zu verkürzen. Und zwar ohne Lohnverlusten! Etwa mit einer 4-Tage-Woche. So, dass Familie und Beruf besser vereinbar sind und die unbezahlte Arbeit gerechter aufgeteilt werden kann.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Noch nicht gebucht? 7 Tipps und Tricks für Spontanferien fern und nah

Wohnwagen, Bauernhof oder Überraschungsort?

Die Sommerferien stehen vor der Tür, doch Sie wissen noch nicht, ob Sie verreisen wollen oder nicht? Und fürs Buchen sind Sie eh immer viel zu spät dran? work verrät Ihnen, wie Sie jetzt noch günstige und schöne Spontanferien machen können.

MARIA KÜNZLI

1 Für Mobile: Mieten Sie einen Camper

Sie wollen weg, wissen aber nicht so genau, wohin? Dann könnten Ferien mit dem Camper etwas für Sie sein. Einfach einsteigen und losfahren – der Rest ergibt sich unterwegs von allein. Es gibt verschiedene Online-Plattformen, über die man ein passendes Gefährt mieten kann. Pro Nacht kostet die Miete je nach Grösse und Ausstattung ungefähr zwischen 40 und 180 Franken. Bei **mycamper.ch** und **roadsurfer.com** (europaweit) gibt es spezielle Angebote mit Last-Minute-Rabatt.

Campingplätze in der Schweiz finden Sie unter **camping.ch**, europaweit zum Beispiel hier: **campings.com**. Campingplätze sind nicht so Ihre Welt? Unter **landcamp.ch** gibt es lauschige Stellplätze auf Bauernhöfen.

2 Für Mutige: Tauschen Sie Ihr Zuhause mit anderen

Zugeben, es braucht ein bisschen Mut, sein Heim fremden Menschen zur überlassen und selbst in einem unbekanntem Haus zu übernachten: Doch es lohnt sich. Sie entdecken eine neue Umgebung, lernen neue Menschen kennen und bezahlen für die Ferienunterkunft keinen Rappen – ausser der allfälligen Mitgliedergebühr der Vermittlungsplattform.

Haustauschplattformen sind zum Beispiel **homelink.ch** und **homeexchange.com**. Bei letzterer funktioniert das Konzept übrigens auch, wenn der Vermieter oder die Vermieterin des Wunschhauses ihrerseits nicht in Ihrem Zuhause übernachten wollen. Falls Sie noch zweifeln, ob Haustauschferien das Richtige für Sie

sein: probieren Sie doch mal die Lightversion. Vielleicht haben Sie Verwandte, Freunde oder Bekannte, die mit Ihnen für eine gewisse Zeit die Wohnung tauschen möchten?

3 Für Sportliche: Aufs Velo oder Wandern mit Gratis-Übernachtung

Umweltfreundlicher geht nicht: Steigen Sie aufs Velo oder in die Wanderschuhe, und los geht's quer durch die Schweiz. Unter **velodach.ch** finden Sie Menschen, bei denen Sie gratis übernachten können.

Das Einzige, was Sie dafür tun müssen: die jährliche Mitgliedergebühr von zwanzig Franken bezahlen und selbst bereit sein, gelegentlich andere bei sich aufzunehmen. Das kann auch mit einem Plätzchen im Garten sein, wo die Gäste ihr Zelt aufschlagen können.

4 Für Tierliebende: Ferien auf dem Bauernhof

Das mit der Gegenleistung ist nicht so Ihr Ding? Dann sind es vielleicht Bauernhof-Ferien: Hier können Sie neue Landschaften geniessen, Tiere streicheln, Landluft schnuppern und je nach Angebot auf dem Landwirtschaftsbetrieb mit anpacken oder im Stroh übernachten.

Gerade für Familien können Ferien auf dem Bauernhof sehr entspannend sein. Vom Maiensäss in den Alpen über Reiterferien in der Romandie bis zum Biohof im Berner Seeland: fast alles ist online zu finden, zum Beispiel bei **bauernhof-ferien.ch**. Auf der Plattform für Agrotourismus (**myfarm.ch**) finden Sie auch Aussergewöhnliches wie Schlafen im Zirkuswagen oder im Wurzelbaumhaus.



WORKTIPP

FERIENSTIMMUNG GANZ OHNE REISEN

Auch wenn Sie nicht wegfahren, können Sie die Sommerferienstimmung in der Schweiz trotzdem geniessen. Zum Beispiel, indem Sie in einer Schweizer Stadt eine Sightseeing-Schnitzeljagd machen (etwa hier: **explorial.ch**). Die Schnitzeljagd führt Sie garantiert an Ecken, an denen Sie noch nie waren. Unter **detektiv-dachs.ch** gibt es auch spannende Krimi- und Detektiv-Trails für Kinder und Erwachsene. Falls Sie mit dem Zug hinfahren, lohnt es sich zu schauen, ob Ihre Wohngemeinde noch vergünstigte Tageskarten frei hat (**tageskarte-gemeinde.ch**). (mk)

5 Für Rustikale: Natur ganz ohne Schnickschnack

Wer in den Ferien die Natur so richtig auskosten möchte, wird auf **naturfreunde.ch** fündig. Auf der Website des Verbandes Naturfreunde Schweiz findet sich eine

GRENZENLOS: Wer mit dem Camper oder dem

Velo reist, kann sich für das Ferienziel auch erst unterwegs entscheiden.

FOTO: ISTOCK

Liste von Gasthäusern, in denen man als Gruppe, Familie oder Einzelperson Betten reservieren kann. Luxus finden Sie hier nicht, oft ist in den Gruppenunterkünften Selberkochen angesagt. Es gibt aber auch Häuser mit Hotelerservice, einschliesslich Frühstück und Abendessen. Die Häuser liegen idyllisch «ab vom Schuss» und haben zum Teil eine lange Tradition: Das älteste noch buchbare Naturfreundehaus wurde vor genau 100 Jahren gebaut: das Haus Gorneren zuhinterst im Kiental (**rebrand.ly/gorneren-haus**). Um Ferien über die Naturfreunde-Plattform zu machen, müssen Sie übrigens nicht Verbandsmitglied sein.

6 Für Familien: Reka-Ferien mit Rabatt

Bei der Schweizer Reisekasse Reka (**reka.ch**) kommen Familien voll auf ihre Kosten. Auch kurzfristig

lässt sich im üppigen Angebot meistens noch etwas finden. Reka-Ferienwohnungen gibt es auch in einigen anderen europäischen Ländern, darunter in Deutschland, Frankreich, Italien, Kroatien und Spanien. Als Unia-Mitglied bekommen Sie 10 Prozent Rabatt auf alle Reka-Ferienwohnungen im In- und Ausland. Geben Sie einfach bei der Onlinebuchung Ihre Mitglieder-nummer an, anschliessend zieht Reka den Rabatt automatisch ab.

7 Für alle Unentschlossenen: Das Überraschungs-Ei

Sie können sich immer noch nicht entscheiden, oder für Sie war das Passende einfach noch nicht dabei? Dann lassen Sie sich doch einfach überraschen! Geben Sie den Zeitraum an, in dem Sie verreisen möchten, die Anzahl Personen, das Budget – und wenn Sie es wol-

len, erfahren Sie erst am Flughafen, wo es hingehet. Überraschungsausreisen gibt es auch als Zug- oder Autoreisen innerhalb Europas oder innerhalb der

Als Unia-Mitglied können Sie günstig in die Reka-Ferien.

Schweiz. Bei manchen Plattformen sind Buchungen sehr kurzfristig möglich, bei anderen sollten Sie mindestens drei Wochen vor dem gewünschten Feriendatum reservieren. Auf der Schweizer Plattform Travelise (**travelise.ch**) wird auf Nachhaltigkeit geachtet und versprochen, ausschliesslich Reisen fernab des Massentourismus zu organisieren. Bei Travel Secret (**travel-secret.ch**) haben Sie die Möglichkeit, fünf Destinationen auszuschliessen, die Sie nicht bereisen möchten.

KONFLIKTPOTENTIAL FERIE

STUNK AM STRAND

Sie haben sich so auf die Ferien gefreut, und dann das: Es gibt dauernd Streit! Sie sind nicht allein. Paarberatungsstellen sind nach den Sommerferien und nach Weihnachten besonders gefragt. Drei Tipps für möglichst entspannte Urlaubstage:

● **Mehr Kommunikation im Alltag:** In den Ferien verbringen wir viel mehr Zeit miteinander als im Alltag, und man kann sich weniger aus dem Weg gehen. Deshalb kochen in den Ferien Konflikte hoch, die wir bisher verdrängen konnten. Das beste Mittel für Harmonie in den Ferien ist also: Konflikte bereits im Alltag lösen und ansprechen, was einen stört und bedrückt.

● **Bedürfnisse klären:** Manchmal gibt's Streit, weil die Erwartungen an die Ferien unterschiedlich sind. Er will sich am Strand entspannen, sie will einen Tauchkurs machen? Es lohnt sich, vorher zu klären, wer welche Ferienbedürfnisse hat. Vielleicht findet sich ein Kompromiss? ● **Einmal etwas alleine unternehmen:** Auch wenn Ferien sind: Sie müssen nicht 24 Stunden am Tag zusammenhängen. Ein Spaziergang allein am Strand tut ihm vielleicht ganz gut, während sie das Museum besucht, das er langweilig findet. Danach hat man sich auch wieder etwas zu erzählen. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



EINZIGARTIG: Verschicken Sie Ihre Lieblingsbilder als Feriengrüsse per Post. FOTO: ADOBE STOCK

Die besten Apps für Ihre Ferien-Postkarte

Mit der Freundin am Strand, mit dem Sohn auf dem Berggipfel oder ein Selfie vor dem Kolosseum in Rom: Eine Postkarte mit eigenem Sujet ist origineller und wirkt persönlicher als die Varianten aus dem Souvenirladen. Ihre ganz persönlichen Postkarten können Sie ganz einfach per App herstellen: Laden Sie das gewünschte Foto aus dem Handy-Speicher in die App, gestalten Sie die Postkarten-Vorderseite, verfassen Sie einen Text für die Rückseite – und fertig sind die persönlichen Feriengrüsse! Von der App aus wird die Karte via Internet an die Druckerei gesandt, auf Papier gedruckt und den Liebsten zu Hause zugestellt. Die Druckereien stehen in den meisten Fällen in der Schweiz oder in Deutschland. Deshalb kommt die Karte meist schneller an, als wenn Sie sie von einem abgelegenen Ferienort aus versenden.

Selbstgemachte Karten kommen schneller an als jene vom Kiosk.

CEWE GEWINNT. Saldo hat mehrere Postkarten-Apps für Android und iPhone verglichen. **Cewe** glänzte im Test mit der besten Bildqualität. Die App punktet zudem mit zahlreichen Gestaltungsmöglichkeiten, mit denen ein oder mehrere Fotos plaziert und mit Text versehen werden können. Eine Karte kostet Fr. 3.65. Auch die App von **Ifolor** hat eine gute Bildqualität und vergleichbare Bedienoptionen. Hier kostet eine Karte Fr. 2.65.

POST MIT EXTRA. Die Postkarten mit dem **Postcard Creator** der Schweizerischen Post, von **SimplyCards** und der App **Urlaubs-gruss** blieben qualitativ im Mittelfeld. Speziell an der Post-App: Eine Karte pro Tag ist gratis, jede weitere kostet Fr. 3.50. Schlusslicht im Test war die App **Lalalab**. Sie lieferte durchgängig zu rote und zu dunkle Fotos ab. Zudem lässt sich bei ihr die Postkarte kaum gestalten. Erfreulich: Alle Apps sind einfach zu bedienen. MARC MAIR-NOACK

Kinder- und Ausbildungszulagen I: Warum schwankt der Betrag plötzlich?

Ich bin arbeitslos und habe bei der Arbeitslosenkasse Kinder- und Ausbildungszulagen beantragt. Dabei wurden von mir Informationen zur Erwerbstätigkeit des anderen Elternteils verlangt. Wieso, wenn bisher immer ich die Zulagen bezogen habe? Da meine Frau aktuell nicht erwerbstätig ist, erhalte ich nun die Zulagen. Doch der Betrag variiert jeden Monat. Das kann doch nicht sein?

NATASA JEVDENIĆ: Die Arbeitslosenkasse zahlt Kinder- und Ausbildungszulagen nur subsidiär. Das heisst, nur wenn der andere Elternteil nach Familienzulagengesetz keinen Anspruch auf Zulagen hat. Dies ist der Fall, wenn der andere Elternteil



ZUSTUPF: Kinder- und Ausbildungszulagen helfen Eltern, die Familienkosten etwas abzufedern. FOTO: ISTOCK

keine Erwerbstätigkeit ausübt oder der Verdienst weniger als 612 Franken im Monat oder 7350 Franken im Jahr beträgt (Stand 1.1.2023). Aus diesem Grund sind die Informationen zur Erwerbstätigkeit relevant, unabhängig davon, wer von den Eltern bisher die Zulagen bezogen hat. Dass Sie nun jeden Monat einen anderen Betrag erhalten, hat folgenden Grund: Die Zulagen werden in Form von Zuschlägen auf den Arbeitslosentageldern entrichtet. Die Höhe der Taggeldleistungen variiert, weil sie von der Anzahl Arbeitstage sowie der Anzahl anspruchsberechtigter Tage im entsprechenden Kalendermonat abhängt. Nur auf Taggelder, die ausbezahlt werden können, kann es auch einen Zuschlag geben. So kommt es, dass die Zulagen nicht jeden Monat gleich hoch ausfallen, wie wenn Sie diese als berufstätige Person von der Ausgleichskasse erhielten. Die Ihnen bezahlte Leistung orientiert sich aber gleichwohl an der Höhe der Zulagen in Ihrem Wohnkanton.

Kinder- und Ausbildungszulagen II: Reicht der Lehrvertrag als Bestätigung nicht?

Ich bin im Moment auf Stellensuche und deshalb arbeitslos gemeldet. Mein Kind macht gerade eine Lehre. Obwohl ich der Arbeitslosenkasse den Lehrvertrag eingereicht habe, verlangt sie jedes Semester eine neue Bestätigung vom Lehrbetrieb oder von der Schule, dass die Ausbildung fortgeführt wird. Warum?

NATASA JEVDENIĆ: Solange Ihr Kind in der Ausbildung ist und nicht älter als 25, haben Sie als Elternteil Anspruch auf Ausbildungszulagen. Allerdings nur so lange, wie Ihr Kind auch tatsächlich eine Ausbildung macht. Das heisst: Wird die Lehre abgebrochen und nicht fortgesetzt, erlischt auch Ihr Anspruch auf die Zulagen. Da ein Lehrvertrag für die gesamte Lehrdauer ausgestellt wird, die Lehre aber dazwischen abgebrochen werden kann, ist es für die Arbeitslosenkasse von Bedeutung, regelmässig aktuelle Ausbildungsbestätigungen zu erhalten. Dasselbe gilt übrigens auch für andere Ausbildungen wie beispielsweise ein Studium.



LICHTBLICK FÜR PECHVÖGEL: Beim Kranksein in den Ferien hilft nur die Aussicht darauf, dass die verlorenen Tage nachgeholt werden dürfen. FOTO: ADOBE STOCK

Krank in den Ferien: So können Grippe da, Ferien

Sie hatten eine stressige Zeit im Job und freuen sich auf die verdiente Auszeit – und dann das: Pünktlich zum Ferienbeginn werden Sie krank. Erholung ade. Doch ein Trost bleibt: Sie haben das Recht, die Ferien nachzuholen.

MARIA KÜNZLI

Das Wichtigste zuerst: Werden Sie in den Ferien krank, brauchen Sie zwingend ein Arztzeugnis. Lassen Sie sich also möglichst bald untersuchen. Schreibt die Ärztin oder der Arzt Sie arbeitsunfähig, heisst das aber noch nicht, dass Sie auch ferienunfähig sind. Nur wenn beides gegeben ist, haben Sie Anspruch auf Ferien-nachbezug oder auf Ferien-

verschiebung. Melden Sie in jedem Fall auch Ihrem Betrieb, dass Sie krank geworden sind. Und zwar so schnell wie möglich. Falls Sie dazu selber nicht in der Lage sind, bitten Sie ein Familienmitglied darum. Auch der Arzt oder die Ärztin kann das übernehmen. Dafür müssen Sie ihn oder sie aber von der Schweigepflicht befreien.

ERHOLUNG MUSS SEIN

Laut Gesetz sind die Gründe für eine Arbeitsunfähigkeit entweder psychische und physische Erkrankungen oder ein Unfall. Wer etwa wegen eines Staus, einer Überschwemmung oder wegen eines Stromausfalls nicht zur Arbeit erscheinen kann, gilt nicht als arbeitsunfähig. Beachten Sie: Sind Sie arbeitsunfähig und

Sie Ihre verdienten Urlaubstage nachholen futsch? Das muss nicht sein!

verreisen trotzdem, darf der Arbeitgeber davon ausgehen, dass Sie ferienfähig sind.

WANN FERIEUNFÄHIG?

Ferienunfähig sind Sie nur dann, wenn Sie sich in den Ferien nicht genug ausruhen können. Denn für diesen Zweck sind Ferien schliesslich per Gesetz vorgesehen: für die Erholung von der beruflichen Belastung. Konkret bedeutet das: Haben Sie sich das Bein gebrochen und müssen deshalb auf die gebuchte Gruppenwanderung verzichten, gilt das nicht als ferienunfähig – denn Sie können immer noch auf dem Sofa liegen und schlafen. Sind die Schmerzen aber so stark, dass eine Erholung nicht möglich ist, oder sind Sie durch eine Krankheit ans Bett gebun-

den, sieht die Sache anders aus. Massgeblich für die Ferienunfähigkeit sind dabei die Dauer der Beeinträchtigung und ihre Intensität. Bei einem Unfall ist ausserdem entscheidend, dass er nicht von Ihnen selbst verschuldet wurde, zum Beispiel unter Alkohol- oder Drogen-einfluss. In diesem Fall darf der Arbeitgeber die Ferien sogar kürzen.

NACHHOLEN MÖGLICH

Bestätigt Ihnen der Arzt oder die Ärztin, dass Sie momentan weder arbeits- noch ferienfähig seien, gibt es zwei Varianten: Wenn Sie schon vor den Ferien krank geworden oder verunfallt sind, können Sie die Ferien verschieben. Falls die Krankheit weniger lange dauert als die geplanten Ferien, Sie

aber die Ferien ganz verschieben möchten, müssen Sie mit Ihrem Chef oder Ihrer Chefin verhandeln. Rechtlich gesehen kann der Arbeitgeber darauf bestehen, dass Sie jene Ferientage beziehen, für die das Arztzeugnis nicht gilt.

Wenn Sie erst während des Urlaubs krank beziehungsweise ferienunfähig werden, dürfen Sie die Tage, an denen Sie krank sind, in Absprache mit der Chefin oder dem Chef an die Ferien anhängen. Ist das nicht möglich, weil Sie zum Beispiel im Betrieb gebraucht werden, dürfen Sie die Ferien zu einem späteren Zeitpunkt nachziehen. Den Nachholtermin bestimmt die Firma. Sie muss aber auf Ihre Wünsche und Ihre familiäre Situation Rücksicht nehmen.

ARBEITEN WÄHREND DER FERIE?

STÖRUNG VERBOTEN!

Da per Gesetz definiert ist, wozu Ferien gut sind, ist es auch nicht erlaubt, während der Ferien zu arbeiten. Zwingt Sie Ihr Chef oder Ihre Chefin, in Ihren Ferien erreichbar zu sein, haben Sie das Recht, diese nachzuholen. Müssen Sie während Ihrer Ferienabwesenheit telefonieren, mailen oder sonst wie arbeiten, darf die geleistete Arbeitszeit von den Ferien abgezogen werden. Grundsätzlich haben Sie Anrecht auf mindestens zwei zusammenhängende Wochen ungestörte Erholung.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Ferien gestrichen?

Ich mache eine Lehre in einer kleinen Gärtnerei. Im Januar habe ich die Ferien für das ganze Jahr eingegeben, und mein Chef hat sie bestätigt. Zwei Wochen wollte ich im Juli nehmen. Nun hat mir mein Chef gesagt, dass ich wegen eines neuen Auftrags nur eine dieser Ferienwochen nehmen könnte. Ich habe aber schon alles gebucht. Was kann ich tun?

auch das kantonale Berufsbildungsamt um Hilfe bitten. Du hast auf jeden Fall das Recht, zwei deiner Ferienwochen pro Jahr am Stück zu beziehen. Sollten die Sommerferien deine einzigen aneinander-



Julius Kopp, Jugendsekretär.

hängenden Ferienwochen sein, handelt dein Chef widerrechtlich, wenn er dir diese nicht gewährt. Solltest du am Ende doch arbeiten müssen, kannst du vom Chef Schadenersatz für die gemachten Buchungen verlangen. Bei Fragen kannst du dich immer an die Unia wenden. Wir unterstützen dich!

Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär? Schreib an **lehre@unia.ch**

workrätsel Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.

www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 11
Das Lösungswort lautete: SPARPAKET

B	S		S	T		A	E										
A	T	T	E	S	T	E	S	L	A	L	O	M	S	G	B		
D	A	P	R	E	S	P	E	K	T	I	A	E	R				
E	L	S	E	N	E	R	A	T	I	R	R	E	N				
A	H	L	E	N	U	M	E	R	I	A	M	E	M	K			
O	T	R	E	L	A	T	I	V	M	L	I	G	A				
S	P	U	R	E	N	L	E	T	Z	U	S	A	G	E	N		
J	E	E	P	U	L	E	S	E	R	I	N	G	S	O			
T	A	S	P	I	R	I	N	V	L	E	S	E	N				
P	R	I	D	E	M	S	M	I	X	E	R	H					
K	A	I	M	D	I	E	S	M	A	L	A	G	E	S			
N	D	I	M	I	T	R	I	R	A	D	V	E	N	T			
I	S	A	R	O	L	H	I	L	F	E	N	O					
N	S	A	E	N	G	E	R	I	N	F	R	A	U	E	N		
Z	I	N	S	L	I	I	N	N	E	U	E	P	A	T	E		

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Adriana Bumann, Siders VS. Herzlichen Glückwunsch!

Doppelkonsonant			Gebäudever-zierung	Insel-euro-päerin	peinlich genau			Zwerg, Erd-geist	Sport mit Lenk-drachen	Zauber-land in e. US-Kin-derbuch	Weis-sager		Verhält-niswort		Him-mels-körper	Peddig-rohr	german. Gottheit	kleine Kleider-grösse
								Visa-Freiheit für ...							nieder-öster. Gebirgs-stock			
... wirkt!	US-Schau-spielerin (Jessica)		Denk-ver-mögen		Mönche in der Probe-zeit								Doku-menten-samm-lungen		hohe Spiel-karte			
recht-mässig, aner-kannt								sommerl. Erfri-schung		besitz-anzeig. Fürwort (2. Pers.)		Kloster-vorste-her Mz.						balt. Osteuro-päerin
					Fluss im Kt. ZH		farblich dezent, matt									Sieges-trophäe		Stras-sen-schuh
Riech-organ Mz.		US-Film-trophäe		Bedie-nung im Restau-rant								gram-mat. Ge-schlecht		Das Kreuz mit dem ...				
Spiritual (Jazz)							kurzer Strumpf		eingeweihter Gehilfe		fach-kundig, virtuos							
				schmut-ziger Zustand (ugs.)		per Bild-abtaster einlesen							aufge-rautes Gewebe			Keim-zelle		
Vogel-behau-sung	süddt.: Brötchen		trocken, brüchig								Haupt-stadt v. Albanien		Hühner-vogel					
Kalt-speise					Werbe-kurzfilm		peinl. Vorfall, Skandal		netz-artiges Gewebe							Mün-dungs-gebiet e. Flusses		Wasser-einla-gerung
			Flüssig-keits-leitung		Be-denken, Zweifel								Wasser-lebewe-sen Ez.		Anti-transpi-rant (Kw.)			
best. Artikel (1. Fall)		... und mehr Lohn!									Er-bträger		nicht diese					
sumpfig. Feucht-gebiet					ital. Tonbez. für das F		frz. Artikel		Leber-sekret						Binde-wort		ge-schlos-sen	
Glanz & ... für Gletscher		alte Buch-binder-geräte											Fernseh-gerät (ugs.)					
						lat.: und			Konifere									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 11. August 2023

INSERAT



Was ist gute Pflege? Und was braucht es dazu?

UNIA

Fachtagung Pflege in Bern Samstag, 2. September, 9.30 Uhr Melde dich jetzt an!



WORKLESERFOTO



Mitten im Mohnblumenmeer

WANN 1. Juni 2023
WO Moosseedorf BE
WAS Mohnblumenfeld im Abendlicht
 Eingesandt von Denise Borer, Moosseedorf

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
 Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK NR. 11 / 16. 6. 2023:
SO KÄMPFERISCH, SO STARK, SO STOLZ!

Oje, Blick ...

Im «Sonntagsblick»-Editorial vom 11. Juni beklagte sich Reza Rafi: Er habe Einladungen bekommen, um den Frauenstreik besser zu verstehen. Er oder seine Journalisten könnten sich von Putzfrauen über ihr stressiges, schlechtbezahltes Arbeitsleben im Luxushotel Bericht erstatten lassen oder ein paar Klimaklägerinnen aus der «Dritten Welt» kennenlernen, die ihnen schildern, wie die Macho-Klimapolitik des reichen Nordens die Frauen im Süden belaste. Damit ist für ihn klar: er kann den Frauenstreik als «Sammelgefäß für Anliegen aus der linken und linksalternativen Ecke» diffamieren. Was hätte der Herr denn gerne für einen Frauenstreik? Will er mit Doris Fiala einen Frauenstreik für längere Ladenöffnungszeiten machen, damit die Verkäuferinnen an den nun besetzten Abenden

nicht mehr auf «dumme» feministische Gedanken kommen? Beim ersten Lesen dachte ich: Oje, ein Fall von Mansplaining, ausgerechnet zum 14. Juni! Aber es ist mehr als das, will sagen: viel schlimmer.

JOHN SCHMOCKER, BERN

WORK NR. 11 / 16. 6. 2023: DIE SCHLIMMSTE SPITEX DER SCHWEIZ
Schlimm!

Es braucht echt viel und lange, um so einen Betrieb gegen die Wand zu fahren.

MAJA POPOVIC, VIA FACEBOOK

Feuer im Dach

Jede Pflegefachfrau, jeder Pflegefachmann, alle Spitexmitarbeiter wollen nur eines: eine funktionierende Organisation, damit sie die Arbeit am und beim Klienten fachgerecht und zufriedenstellend ausführen können. Die Arbeit mit so vielen verschiedenen Klientinnen

und Klienten an verschiedensten Örtlichkeiten erfordert viel Energie und Kraft. Ein gut funktionierendes Team mit einer guten Leitung ist das A und O, damit der Klient oder die Klientin die Qualität erhält, die er oder sie verdient und die Kasse bezahlt. Immer wieder unfassbar, wie lange sich unfähige Betreiber an ihr Sesselchen klammern und die Ahnungslosen spielen können, während die Hütte längst im Vollbrand steht ...

EVELINE STALDER, VIA FACEBOOK

Oben garnieren

Ist ja normal. Oben gibt es keine Schuld, aber einiges an Geld verlangen kann man immer.

PETER GERBER, VIA FACEBOOK

WORK NR. 11 / 16. 6. 2023:
«BEWERBEN SIE SICH DOCH OHNE FOTO», EMPFAHL DAS RAV

Rassismus ist Realität

«Schreiben Sie nicht in Ihrem Lebenslauf: Deutschkenntnisse: gut.» Dies sagte mir 2015 mein damaliger RAV-Berater, obwohl ich die Deutschprüfung auf Niveau B 1 schriftlich und mündlich bestanden hatte. «Suchen Sie eine Stelle in der Küche», wurde mir geraten, obwohl ich von Beruf gelernter Lokomotivmechaniker bin und in der Schweiz bereits ein Jahr als Handwerksmeister bei den SBB gearbeitet hatte. 2015 habe ich durch eigene Initiative via Temporrärfirma wieder eine Arbeitsstelle als Handwerksmeister bei den SBB gefunden, wo ich nun seit über acht Jahren mit einem unbefriste-

ten Einsatzvertrag arbeite. Ich habe in der Schweiz viele nette Menschen getroffen, von denen ich viel Unterstützung bekam. Leider habe ich aber auch immer wieder Rassismus erlebt. Trotz dieser schwierigen Lage habe ich nicht aufgegeben. Ich habe weitergekämpft und nach vorne geschaut. Jetzt bin ich Schweizer geworden. Ich möchte an dieser Stelle danken: – der Schweiz, dass sie mich aufgenommen hat und ich hier in Sicherheit leben kann, – den Menschen, die mich hier auf meiner Lebensreise grosszügig unterstützt haben, – und den andern, die mir Schwierigkeiten gemacht haben, weil ich dadurch stark wurde.

SARATH MADDUMAGE, FRAUENFELD

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbrieue.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

Unia-Rentnergruppe Unterer Thurgau

Freundliche Einladung zum Weierstamm, Grillhöck 2023
WANN: Donnerstag, 6. Juli, ab 11.00 Uhr bei jeder Witterung. Getränke und Lagerfeuer bereit, Grillgut und Brot mitbringen.

WO: Mühleweiher, Wellhausen TG. Bahnstation: Felben-Wellhausen. Ab Gasthof Schwänen in Wellhausen dem Bach entlang, vor Steigung rechts. Ballone-Kennzeichen. Mit Auto darf bis zur Hütte gefahren werden. Wir freuen uns auf euer Kommen! Keine Anmeldung.

BEI FRAGEN: Walter Knill, Weinfeld, Tel. 071 622 86 23.



work Sommerkrimi

Unfair

STEPHAN PÖRTNER

Unfair, dachte Gerda, es ist unfair. Ein Jahr länger arbeiten. Sie freute sich schon lange auf die Pensionierung. Als diese noch zehn Jahre entfernt war, hatte sie den Countdown begonnen. Zehn, neun, acht, sieben... ach!

Ein Jahr geht schnell vorbei, wurde ihr gesagt, was macht das schon aus? Frauen leben ohnehin länger, hiess es, was beklagst du dich? Stimmt schon, im Durchschnitt. Nur nützt einem der Durchschnitt nicht viel. Ihre letzte Beförderung war zwanzig Jahre her, die letzte Lohnerhöhung fünfzehn, weil die Branche, in der sie arbeitete, eine Tieflohnbranche war. Damals in der Schule hatte man ihr gesagt: «Lieber eine gute Realschülerin als eine schlechte Sek-Schülerin.» Sie hatte das geglaubt, denn was weiss man schon mit zwölf Jahren, am Ende der sechsten Klasse? Inzwischen wusste sie, dass es ein grober Unfug war, denn nach der Schule waren ihre Möglichkeiten als Realschülerin einfach viel schlechter, auch mit guten Noten. Unfair eben.

KEINE KREUZFAHRTEN. So ist das Leben, sagte man ihr. Sie hatte den Job gewählt, weil es eine Lehrstelle gab, die in der Nähe ihres Wohnortes lag, weil es sie damals interessiert hatte und die Vorstellung, dass man in der Arbeit auch noch erfüllt werde und etwas Sinnvolles machen könnte, ohnehin ein Anspruch war, den sich nur Privilegierte leisten konnten. In ihrer Familie war das Verhältnis zur Arbeit so, dass man froh war, eine zu haben. Gearbeitet wurde, um über die Runden zu kommen, ganz am Schluss winkte die Pensionierung, dann endlich blieb Zeit für die eigenen Interessen, das eigene Leben. Sie machte ihre Arbeit gern, aber sie war jeden Tag froh, wenn Feierabend war. Sich ein Jahr früher pensionieren zu lassen lag finanziell nicht drin, das Geld würde auch so knapp werden, aber damit konnte sie leben. Obwohl sie zur Boomer-Generation gehörte, würde sie im Alter keine Kreuzfahrten machen, nirgendwohin jetten, es gab kein Ferienhaus, in das sie ziehen könnte. Bei der Arbeit wurde sie von jüngeren Kolleginnen und Kollegen damit aufgezo-gen, dass ihre Generation es sei, die den Planeten ruiniert habe, vielen Dank dafür. Dabei war sie mit 22 Jahren zum ersten Mal geflogen, nach Málaga. Sie flog noch zweimal dorthin und einmal nach Ägypten, das war's. Ein Auto hatte sie nie besessen, während es im Betrieb solche gab, die schon während der Lehre übers verlängerte Wochenende nach Mallorca flogen, in die Ferien nach Dubai oder Bali und mit grossen, geleasteten Autos umherfahren. Trotzdem war offenbar sie schuld. Auch das unfair. Es nagte an ihr. Was soll man tun, fragte sie sich. Lange Zeit fand Gerda darauf keine Antwort. Sie war an ein paar Demonstrationen gegangen, am Frauenstreik teilnehmen konnte sie nur, wenn sie den Tag freinahm, das lag nicht drin.

Sie hatte den Pensionierungs-Countdown schon gestellt.

Es ist halt so, es lässt sich nicht mehr ändern, sagte man zu ihr. In der Pendlerzeitung las sie von dem Plan, das Rentenalter an die Lebenserwartung anzupassen. Nachteil für jene, die in ungesunden Berufen arbeiteten. Unfair, einmal mehr.



ILLU: NINOTCHKA.CH

KEINEN PLAN. An den Gesetzen, dachte sie, lässt sich nichts ändern. Doch wie sieht es mit der Lebenserwartung aus? Die liesse sich durchaus senken, in Einzelfällen zumindest, dachte sie.

Es war wenige Tage später, als sie in der S-Bahn einem älteren Mann zuhörte, zuhören musste, der schräg gegenüber sass und sich darüber ausliess, wie doof doch die Weiber täten wegen einem Jahr länger arbeiten, das sei wieder typisch, immer schreiben sie nach Gleichberechtigung, aber halt nur, wenn es ums Abkassieren geht, wenn sie dann auch mal etwas leisten sollen, heulen sie. Spontan stand sie auf, als der Mann aufstand, verliess hinter ihm die S-Bahn und folgte ihm vom Bahnhof durch diesen Vorort, den sie nicht kannte, der hübsch war, moderne Siedlungen, Eigentumswohnungen wahrscheinlich. Sie hatte keinen Plan, doch als der Mann in eine Unterführung abbog, wusste sie, was sie zu

tun hatte. Sie nahm ein paar Schritte Anlauf und stiess ihn mit voller Wucht in den Rücken. Er flog den ersten Treppenabsatz hinunter, überschlug sich, krachte mit dem Hinterkopf auf eine der unteren Stufen und blieb liegen. Sie drehte sich um, ging die Treppe hoch und zurück zum Bahnhof, stieg in die nächste S-Bahn, fuhr heim und wartete, bis die Polizei kam.

Sie kam nicht. In der Pendlerzeitung las sie von einem tödlichen Unfall in einer Unterführung. Beim Verunfallten handelte es sich um einen Rentner. Der seine Pensionierung weniger lang als geplant hatte geniessen können, dachte sie. Es tat ihr leid und es tat ihr nicht leid. So ist das Leben: unfair.

KEIN VERDACHT. Es dauerte fast ein Jahr, bis Gerda wieder eine Lebenserwartung reduzierte. Die eines weiteren älteren Herren, der ihre eigene drastisch reduziert hätte, als er sie beinahe über den Haufen fuhr mit seinem hochgezuchteten elektrischen Mountainbike, mit dem er an diesem Sommertag sinnlos durch die Gegend raste und keine Sekunde zu verlieren hatte. Der ihr hässliche Worte zurief, als er davonbrauste. Sie merkte sich die Nummer. Sie fand heraus, wo der Mann wohnte. Ein paar Gemeinden

weiter, auf der schönen Seite des Hügels. Ein Haus mit Doppelgarage und gepflegtem Garten. Nach einer seiner Ausfahrten wurde er tot aufgefunden. Vergiftung. Es konnte nie ganz geklärt werden, wie der Unkrautvertilger in den Bidon gekommen war. Die Ex-Frau wurde verdächtigt, doch die hatte ein Alibi. Es wurde eine beginnende Demenz vermutet. Gerda wusste es besser, aber das behielt sie für sich.

Was sie am meisten erstaunte, war, wie einfach es ging, wenn man es nicht persönlich nahm. Es war alles bloss eine Ausgleichsmassnahme. Reduktion der Lebenserwartung der Männer zum Ausgleich der Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Ein stiller Protest.

Der Stein, der sich löste und den Wanderer traf. Der ältere Herr, der beim morgendlichen Schwimmen im See ertrank. Niemand brachte sie damit in Verbindung, weil es zwischen ihr und den Opfern keine Verbindung gab. Opfer, die der Ansicht waren, wer unfair behandelt werde, sei selbst schuld. Opfer, die fanden, sie könnten das ewige Gejammer nicht mehr hören. Opfer, die schlicht eine Zumutung waren. Hin und wieder verkürzte sich ihre Lebenszeit. So ist das eben. Unfair.



STEPHAN PÖRTNER (55) lebt als Schriftsteller und Übersetzer in Zürich. Seine bisher fünf Kriminalromane um Jakob «Köbi» Robert erschienen im Krösus- und im Bilger-Verlag. Als Meister der kurzen Form schreibt Pörtner auch Kolumnen und Fortsetzungsromane.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.
work abonnieren.
 Für nur Fr. 36.- im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Hans Baumann, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Laura Gonzalez, Martin Jakob, Sandra Künzi, Maria Künzli, Sonya Mermoud, Clemens Studer, Natalia Widla, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.